

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.30 RM, monatlich 1.10 RM, wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage. Die Neue Welt 10 Pf. Postabonnements: 1.10 RM pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 RM, für das übrige Ausland 3 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Annoncenzeile ober deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengeuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 14. Juli 1908.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die russische Sozialdemokratie.

Die russische Sozialdemokratie macht jetzt ihre schlimmsten Tage durch. In vielen Beziehungen waren für sie die vorrevolutionären Zeiten günstiger. Freilich hatte sie damals noch keine „parlamentarischen“ Fraktionen: die kleinere — in der Duma, die größere — im Zuchthaus. Sie war verdammt, ihre ganze Arbeit unter dem Boden der legalen „Straßenfähigen“ Gesellschaft zu verrichten. Aber die Atmosphäre, die sie in ihrem Versteck umgab, war eine ganz andere: Die Sozialdemokratie stellte damals — die weniger bedeutenden „Sozialrevolutionären“ mitgerechnet — die einzige politische Partei dar. Das gesamte Bürgertum fühlte sich oppositionell und die Intelligenz noch dazu radikal gestimmt. Die Unterstützung der Revolutionärpartei war in jenen idyllischen Tagen für jeden liberalen Philister die einzige Möglichkeit der politischen Betätigung. Sein Herz, seine Wohnung, sein Paß und sogar seinbeutel standen uns in dieser goldenen Zeit zur Verfügung. Natürlich nicht das ganze Herz und leider nicht der ganze Beutel. Doch auch seine feige und geizige Unterstützung war für die Partei von entscheidender Wichtigkeit. Und dies aus einem sehr einfachen Grunde: die Organisation der Partei bestand zu neun Zehnteln aus den Vertretern der bürgerlichen Intelligenz, die — von der revolutionären Flut getragen — sich ideologisch mit der revolutionären Klasse verbrüdert hatten. Das Proletariat war die potenzielle Kraft der Erlösung, sie schworen ihm die Treue und Marxismus war die Eidesformel. Natürlich hatte dabei der größte Teil fahrlässigen Reueid begangen, — aber das erwies sich erst später.

Weil die Organisation vor den Augen der Polizei versteckt bleiben mußte, war sie auch vor den Arbeitern verborgen. Mit der Masse kam sie einigermaßen nur während Streiks und Straßendemonstrationen in nähere Berührung. Also die Partei war jedenfalls keine Massenorganisation. Die Intelligenzler mit ihren konspirativen Wohnungen, fremden oder falschen Pässen, geheimen Druckerereien usw. nisteten in den Nischen und Spalten der bürgerlichen Gesellschaft nisten. Auch konnten sie nicht auf die Arbeitermassen rechnen: zu regelmäßigen Beiträgen wird die Masse nur durch die demokratische Organisation erzogen. Diese aber fehlte. Somit war die Sozialdemokratie gänzlich auf die materielle Fürsorge der bürgerlichen Linken angewiesen.

Nun kam die Revolution. Die schönsten Hoffnungen schienen der Erfüllung nahe; das sieggetränkte Proletariat, auf sein Schwert geleitet, zu neuen Kämpfen bereit, stand im Brennpunkt allgemeiner Sympathie. Die Sozialdemokratie erhob sich mit mächtigem Schwung aus dem unterirdischen Versteck auf die Höhe der politischen Macht. Die Fabriken, die Universitäten, die Straßen und die Plätze waren von ihrer Stimme beherrscht. Ganz Rußland wurde zu einer Volksversammlung. Es entwickelte sich binnen zwei, drei Wochen eine sozialistische Presse, deren gleichen Europa noch nicht gehabt hatte. Der Zustrom zu den Versammlungen der Sozialdemokratie wuchs von Stunde zu Stunde — und nicht nur von Seiten der Arbeiter, die zu Hunderten und Tausenden in die Partei eintraten, sondern auch seitens der radikalen Intelligenz. Die Vortragsblätter der niedrigsten Art versprachen Kantistik sämtliche Werke als Zugabe, die Altvordichter machten proletarische Oden, sogar die Journalisten der „Nowoje Wremja“ klopfen mit zitternder Hand an die Tür der Sozialdemokratie, — und was nicht das Schlimmste war —, der Verband der Verbände erhob bedeutende Summen für den Arbeiterdelegiertenrat. Aber das alles dauerte keine zwei volle Monate lang.

In den Dezember-Januar-Kämpfen wurde das Proletariat — vom Bauerntum nicht unterstützt und vom Bürgertum preisgegeben — niedergeschossen. Der Liberalismus fühlte sich mit einem mal um ein ganzes Jahrhundert älter und rühmte sich, von nun an die „revolutionären Illusionen“ aufgegeben zu haben. Er hatte schon zurzeit sein eigenes Heim: die neugegründete Kadettenpartei. Es begann die allmähliche Konzentration nach rechts. . . . Auch die radikale Intelligenz fühlte sich enttäuscht, sogar beleidigt: sie hat das Proletariat in Versen und Prosa als unbesiegt gepriesen, — und siehe da: es liegt jetzt im Blute zu Boden! Die Sozialdemokratie sei zu unentschlossen und die Revolution zu langweilig. . . . Es lebe der Anarchismus — nicht der „vulgäre“, nein, der mystische! Es lebe zur gleichen Zeit der Liberalismus, nicht der bürgerliche, nein, der philosophische, der idealistische, der universelle. Es lebe das neue religiöse Bewußtsein und die Gleichheit der Geschlechter — in der Liebe! Hoch das Reich Gottes und auch Peter Altenberg! . . . Ein betäubender Wirrwarr, eine Walspurgnacht der Ideen. In diesem Chaos ging während der letzten zwei Jahre der geordnete Rückzug der Intelligenz vom Sozialismus und von der Revolution vor sich.

Unterdessen gewann die Reaktion die Oberhand. Sie richtete hin, sperrte ein und gestreute die besten Arbeiter, rottete die sozialistische Presse aus und drückte mit ihrem Gen darmensiefel die Sozialdemokratie von neuem in die Finsternis der Konspiration nieder. Die Zugehörigkeit zu einer Partei, die unter Wittes Kuratelwahlrecht an die 70 Abgeordnete hatte, die sogar in Stolypins Duma, nach dem

niederträchtigen Diebstahl der Volksrechte, eine Fraktion von zwanzig Mitgliedern aufweisen kann, wird von den Gerichten mit Zuchthaus gestraft. Wieder geheime Arbeit — ohne Zeitungen, ohne Massenorganisation! Aber wie ungünstig gestalten sich jetzt die Bedingungen: keine Unterstützung mehr seitens des Liberalismus. Noch vor kurzem waren wir seine „Freunde von links“, dann seine „geehrten Gegner“ und jetzt — sind wir seine „Feinde von links“ und bisweilen sogar die „Feinde des Vaterlandes“. Seine Wohnung gibt der Spießer für die revolutionären „Treibereien“ nicht mehr her. Geld? Er bittet um Entschuldigung, er braucht es für die eigene Partei, die allerdings von ihm auch nicht viel bekommt. Und die Provokation, das Erbteil jener Lage, wo die Partei von verschiedenartigen Elementen überflutet wurde, wüßte indessen wie die Pest. Wie viele unsichere Kantontisten haben während der letzten zwei Jahre ihre gefährlichen und schwierigen Posten verlassen!

Es geht aber nichts in der Dekonomie der Natur verloren. Und die Natur der revolutionären Politik bildet keine Ausnahme. Die Provokation ist nicht das einzige, was uns das große Jahr vererbt. Es tritt immer und immer mehr die wichtigste und vielversprechende Erscheinung an den Tag. Drastisch kann sie so genannt werden: Die Emanzipation der sozialistischen Arbeiterschaft von der Kuratel der sozialistischen Intelligenz. Die Partei schuf eine bedeutende Schicht von sozialistisch gebildeten Arbeitern und die Revolution verlieh ihnen politische Erfahrung. Jetzt, in den bösen Zeiten der siegreichen Reaktion, wo die Zahl der „Nüben“ und der „Enttäuschten“ unter den Partei-„Akademikern“ so hoch ist, nehmen die vorgeschrittenen Arbeiter die eigene Sache in die eigenen Hände. Es entstehen Parteikomitees aus lauter Arbeitern, es werden geheime Druckerereien von Arbeitern aus Arbeitergroßen geschaffen. Die Wichtigkeit dieses Prozesses kann man nicht hoch genug schätzen. Er bedeutet, um es kurz auszudrücken, die doppelte Sanierung der Partei — erstens von dem Uebel der materiellen Abhängigkeit von dem bürgerlichen Radikalismus, zweitens von der inneren Krankheit der unendlichen Streitigkeiten der sektiererischen Fraktionen. Mit voller Zuversicht können wir in die Zukunft der Partei schauen.

Die Ovambofrage.

Dieser Tage wurde amtlich gemeldet, daß der Hauptmann Franke von seiner Mission im Ovamboland zurückgekehrt sei. Alle fünf Oberhäuptlinge des Ovambolandes, darunter Kambo, dem nach Reichs Tod die Herrschaft über den ganzen Stamm der Ongonda zugefallen sei, hätten die deutsche Oberhoheit bedingungslos anerkannt und sich unter den Schutz der deutschen Regierung gestellt. Sie hätten sich verpflichtet, die Arbeiteranwerbungen jederzeit zu unterstützen und ihr Gebiet dem deutschen Handel zu erschließen. Bei dieser nicht unbedenklichen Aufgabe sei Hauptmann Franke von den im Lande tätigen Missionaren hervorragend unterstützt worden. Die Begleitung des Hauptmanns Franke habe nur aus drei Weisern und einer Anzahl Eingeborenen bestanden.

Durch diese Reise und die Abmachungen des Hauptmanns Franke ist eine neue Ovambopolitik begonnen worden. Durch den Hererokrieg gewigt, hatte die Regierung ein Verbot für die Händler erlassen, das Ovamboland zu betreten. Dieser Erlass behäftigte nur die Auffassung, daß es die Raubpolitik der Händler mit in erster Linie gewesen sei, die den Hereroaufstand hervorgerufen hatte. Man hatte also damals den Standpunkt eingenommen, die Ovambo möglichst selbst zu überlassen. Nunmehr soll das Gebiet der Ovambo dem deutschen Handel eröffnet werden. Es ist nur zu sehr zu befürchten, daß sich die Händler in Ovamboland, wo sie noch viel unkontrollierter sind, als seinerzeit im Hererolande, dieselbe Sucherpolitik zuschulden kommen lassen werden, die sie den Herero gegenüber übten! Die Gefahr der Aufreizung der Ovambo ist damit gegeben, und zwar um so mehr, als zurzeit in Südwestafrika sich zahlreiche zweifelhafte Existenzen befinden, die nach der Ausrottung und Enteignung der Herero und Hottentotten und durch die Verminderung der Schutztruppe substanzlos geworden sind und die nunmehr als „Händler“ versuchen werden, ihr Glück im Ovamboland zu machen.

Daß es aber keineswegs ungefährlich ist, die Ovambo zu reizen, ist von Oberst Leutwein und allen Kennern Südwestafrikas mehr als einmal dargelegt worden. Die auf deutschem Gebiet ansässigen Ovambo zählen 100—150 000 Köpfe, vielleicht auch mehr. Oberst Leutwein schätzte ihre Zahl auf mehr als 200 000. Die Ovambo sind kriegerisch und gut bewaffnet. Zwar ist der Häuptling des Ovambostammes, der im Jahre 1904 zugunsten der Herero einen Angriff auf einen deutschen Militärposten unternahm, Reichale, inzwischen gestorben, allein sein Nachfolger Kambo scheint zwar friedliebend, aber durchaus kein bedingungsloser Anhänger der deutschen Regierung zu sein. Erzählt doch Oberst Leutwein in seinem Werke über Südwestafrika, daß ihm Kambo im Jahre 1895 auf einen Brief, in dem ihm Leutwein die Absicht eines Besuches kundgegeben hatte, geantwortet habe, daß Leutweins Brief „sehr schön“ sei, daß aber er, Kambo, doch wünsche, Leutwein in seinem ganzen Leben nicht zu sehen. Denn die Deutschen kämen mit freundlichen Worten, wenn sie aber da seien, wollten sie regieren, und regieren könne er allein! Auch andere

Ovambo-Häuptlinge haben es nicht an Weisheit dafür fehlen lassen, daß sie am liebsten nichts mit den Deutschen zu tun haben möchten. Möglicherweise hat auch der Hauptmann Franke bei ihnen und durch die Mitwirkung der Missionare eine so gute Aufnahme gefunden, weil er nur mit so wenig Begleitern als Gast erschien. Die Leutwein erzählt, sind einzelne Reisende und Besucher, die mit geringer Gefolgschaft erschienen, selbst von Stämmen, die keineswegs deutschfreundlich waren, freundschaftlich aufgenommen worden, während ein Besuch mit starker bewaffneter Gefolgschaft die Feindseligkeit der Eingeborenen erregte. Wir halten es deshalb für einen sehr gefährlichen Schritt, daß nunmehr den Händlern der Besuch des Ovambolandes gestattet werden soll. Bei dem Charakter dieser Händler und bei der großen Rücksichtslosigkeit unserer Kolonialpolitiker kann ein Zusammenstoß mit den Ovambo nicht ausbleiben! Und die Ovambohäuptlinge haben immerhin eine derartige Intelligenz verraten, daß sie sich im Falle der Abwehr deutscher Annäherungen sehr wohl mit einander verbünden würden. Ein Krieg aber mit einem so zahlreichen, kriegerischen und gutbewaffneten Volk in einem Klima, das für eine weiße Schutztruppe wahrnehmlich mörderisch werden würde, wäre ein koloniales Abenteuer, das die Schwierigkeiten des Herero- und Hottentottenkrieges bei weitem übersteigen würde!

Bechränkte Oeffentlichkeit und unbeschränkte Stimmungsmache.

Gericht und Verteidigung, die beide den Ausschluß der Oeffentlichkeit im Eulenburg-Prozess gewollt haben, müssen schon längst eingesehen haben, daß sie durch die Ausschließung der Presse einen schweren Fehler begangen haben. Das einzige, was sie erreicht haben, ist nur, daß sie einer einseitigen Stimmungsmache die Möglichkeit gegeben haben, auf die öffentliche Meinung fast unumkehrbar einzuwirken, während sie alle Gegenwirkungen ausgeschlossen haben, die diesen einseitigen Geschäftigkeiten aus einem objektiven Bericht entstanden wären. Dagegen ist der Zweck, dem deutschen Volke seine „Sittenreinheit“ zu bewahren, sicherlich nicht gefördert worden, da immer mehr die Zeugenaussagen, soweit sie überhaupt wiederzugeben sind, in allen Einzelheiten mitgeteilt werden. Nun begreifen wir vollständig, daß es preussischen Richtern schwer wird, einen begangenen Fehler einzusehen. Aber nachdem heute zwei Redakteure Berliner Blätter als Zeugen vernommen worden sind und damit das Recht erworben haben, den Verhandlungen beizuwohnen, kann dem Gericht die Umkehr wesentlich erleichtert werden. Denn es wäre unbillig, einem Teil der Presse ein Vorzugsrecht einzuräumen, mag auch das Gericht diese Wirkung durchaus nicht gewünscht haben. So tritt zu allen übrigen Gründen, die den Ausschluß der Oeffentlichkeit als einen Mißgriff erscheinen lassen, ein neuer hinzu, und es wäre zu wünschen, daß das Gericht in eigenem Interesse sowohl als in dem des Angeklagten endlich der Presse eine objektive Berichterstattung ermöglicht.

In der Freitagssitzung hat Fürst Eulenburg, wenn man den sehr zweifelhaften Berichten glauben darf, sich als Opfer des Alerikalismus bezeichnet. Eulenburg soll nämlich folgendes erklärt haben:

„Ich hatte in München Preußen nicht nur politisch, sondern auch kirchlich zu vertreten. Mein Leben lang bin ich ein Verehrer des protestantischen Kaiserthums gewesen. Das hat mir namentlich im Süden viele Feinde gemacht. Wir haben nicht in Berlin, sondern in München den Kuntius des Papstes; dort sind also wichtige Verhandlungen zu führen, und ich habe sie im Sinne der protestantischen, der norddeutschen Kaiserreichsidee geführt. Dadurch bin ich dem Alerikalismus ebenso wie dem bayerischen Partikularismus verhaßt geworden. Vielleicht bin ich jetzt eins der Opfer dieser großen Idee. Ich will nichts Bestimmtes behaupten; aber aus diesem Milieu heraus können diese infamen Verdächtigungen entstanden sein.“

Darauf wird im Mittagsblatt der Gegenkamarilla erwidert: daß die Behauptungen Eulenburgs unhaltbar seien,

denn es ist ihm an der Hand der Akten der Kuntiatatur nachzuweisen, daß er mit Ausnahme von 11 Fragen ziemlich untergeordneter Natur während seiner Amtstätigkeit in München gar nicht in die Lage kam, das protestantische Kaiserthum kirchlich zu vertreten.

Es ist ganz interessant zu sehen, wie die Gegenkamarilla über amtliche Aktenstücke so genau informiert ist und diese nicht etwa dem Gericht, sondern dem freiwilligen Staatsanwalt des Moniteurs der Hardenclique zur Verfügung stellt. Im übrigen scheint uns aber die Aufregung der „Germania“ sehr geschmacklos, die die Behauptungen Eulenburgs dazu benutzt, um den Katholizismus als bedroht und verfolgt hinzustellen. Die Eulenburg-Sensation zu einer kleinen Kulturkampfpaukerei auszunützen, scheint uns denn doch sehr unwürdig.

Beamtenbestechung in Saarabien.

Die von der Saarbrücker Staatsanwaltschaft auf den Staatsgruben an der Saar eingeleitete Untersuchung gegen Beamte und Arbeiter wegen Bestechung und

Durchsucherei nimmt einen immer größeren Kreis an, so daß nach Meldung der „Reinlichener Zeitung“ bis jetzt schon gegen 50 Personen das Strafverfahren eingeleitet ist, und da die Untersuchungen noch eifrig fortgeführt werden, dürfte sich der Personenkreis noch erheblich vermehren und Saarabien demnächst einen neuen Skandalprozess erleben, der seinesgleichen sucht. Acht höhere Beamte, darunter vier Obersteiger, werden namentlich angeführt, gegen die die bisherige Untersuchung derartig belastendes Material zutage gefördert hat, daß sie nicht nur unter Anklage gestellt, sondern auch vom Dienst suspendiert sind. Es scheint, als ob die Staatsanwaltschaft im Einverständnis mit der Vergleichen dieses Uebel gründlich ausrotten will. Aber das darf heute schon gesagt werden: Nicht der „hundertste Teil der Unteroffiziere und Besatzer“, die seit Generationen auf diesen „Musterwerken“ begangen worden sind, werden an die Defensivität gelangt. Die Machtlosigkeit der Staatsanwaltschaft hat sich ja bei den Untersuchungen über die Ursache der Grubenunglücke auf „Reden“ und „Rathildenschaft“ gezeigt. In beiden Fällen stellte die Staatsanwaltschaft das Strafverfahren gegen die Beamten nach kurzer Untersuchung ein, weil sich nichts „Belastendes“ gegen sie ergeben habe.

Bei den Durchsuchereien auf den Staatsgruben an der Saar handelt es sich keineswegs um kleine Verfehlungen einzelner Beamten, wie es der Handelsminister DeLiberat im Landtag seinerzeit darstellte, sondern, wie die Vergleichen erzählen, um einen von jeher betriebenen Unfug, bei dem es sich in einzelnen Fällen um recht erhebliche Summen handelt, die teils den Vergleichen, teils dem Staat unrechtmäßig entzogen wurden. Die „Saarpost“ teilte vor längerer Zeit mit, daß es unter den „königlichen“ Grubenbeamten mehrere gäbe, die jedes Jahr mehr Geld auf die Sparkasse brachten, als ihr Gehalt ausmachte, und dabei noch wie ein Rabob lebten. Sie hielten ihre eigenen Jagden, machten Ausflüge nach St. Johann, wo sie in den Weinrestaurants bei den „kleinen Mädchen“ die „Gauen“ flattern ließen. Ihre Söhne dienten einjährig, besuchten die Hochschulen usw. Und das alles bei einem Gehalt von 2000—4000 Mark!

Die alte Vergleichen erzählen, haben die „königlichen“ Bergwerksbeamten in früheren Jahren ihre Kempter mit wahrer ruffischer „Beamtenfreude“ verwaltert. Erst Hilger, der bekannte „Saarhismord“, hat ihnen die Fingel gewaltig gestutzt, sie in ihrer Willkür beschränkt und dem Staat hohe Summen gerettet. Bevor Hilger die „Regierung“ antrat, fand die Auslohnung der Arbeiterschaft partienweise statt. Der Partiemann — Kameradschaftsführer — erhielt am Lohnstage das Geld für seine ganze Partie und einen Lohnzettel, auf dem die einzelnen Arbeiter namentlich aufgeführt und angegeben war, wieviel der einzelne verdient hatte. Hatten die Beamten „zuverlässige“ Partiemänner, führten sie in einer Partie oft 5—10 Mann mehr, als in Wirklichkeit darin arbeiteten; den für die „blinden Arbeiter“ gezahlten Lohn zahlte der Partiemann, abzüglich seiner Prozente, an den Beamten zurück. So soll ein Obersteiger von Sulzbach — er ist heute tot — durchschnittlich 50 Arbeiter in den Lokalisten geführt haben, die gar nicht auf der Grube arbeiteten. Im Streit von 1889 wurde dieses System öffentlich besprochen, und Hilger, der damals als Bergassessor „mitte man“ den Streikenden Freiheitslieder sang, mit ihnen „fraternisierte“, um sie nachher gehörig zu überhöhlen, kam so hinter die Schliche und machte dem Unfug dadurch ein Ende, daß er die Einzellohnlisten einführte, wonach jeder Bergmann einzeln seinen Lohn am Lohnschalter vom Rechnungsführer erhielt. Eine Anzeige ist damals nicht erfolgt, eine Untersuchung nicht eingeleitet worden, so daß die Offenlichkeit und wohl auch die Regierung niemals etwas über den Umfang dieser sonderbaren „Beamtenfreude“ erfahren werden.

Der nach dem 1889er Streit gegründete Rechtschutzverein suchte dem Schmierlappenunwesen und der Beamtenbestecherei zu Leibe zu gehen. Der 1894 oder 1895 geführte Markenprozess brachte schon erhebliche Beamtenbestechungen zu Tage; Hilger wollte dieses Unwesen dadurch beseitigen, daß er in der Arbeitsordnung den Vergleichen bei Strafe sofortiger Entlassung verbot, an Beamten Geschenke sowohl an Geld wie auch an Materialen zu geben, und den Beamten gleichfalls und unter derselben Strafe die Annahme solcher Geschenke. Wenn trotzdem Jahre hindurch „Wohlflecken“ geführt und Beamte auch sonst reichlich geschnitten worden sind, so nur, weil die armen Vergleichen aller politischen und gewerkschaftlichen Freiheit beraubt, weil sie bedingungslos der Willkür eines Beamten unterworfen waren. Dadurch hat sich ein unglaublicher Stumpfheit und völlige Anrechtlosigkeit unter ihnen eingebürgert. Die Untertänigkeit geht selbst so weit, daß man in Bergmannsreisen erzählt, daß einzelne „königliche“ Kumpels ihre Rechte im Ehebett an ihren Vorgesetzten abtreten, nur um einen anständigen Lohn zu „verdienen“.

Unter den acht höheren Beamten, gegen die das Strafverfahren eingeleitet ist, befinden sich mehrere, die besonders schneidig gegen die Arbeiterbewegung aufgetreten sind und jeden Verbandskameraden gemahregelt haben, die sich bei den Wahlen als national-liberale Wahlagitatoren hervortaten, den sozialdemokratischen wie ultramontanen „Umsturz“ bekämpften und als tadellose Ordnungssäulen galten. Der Obersteiger Michael von Grube „Wittelsborn“ hat 1889 beim Streik die Gendarmen befehligt, unter deren Schutz die Streikbrecher von Keunlich aus zur Grube geführt wurden, ist gegen die Streikenden mit aller Schärfe und Rücksichtslosigkeit aufgetreten; heute sitzt er im Zuchthaus und weitere, wahrscheinlich Zuchthausstrafen harren seiner noch! So trocken die Ordnungssäulen zusammen, so rächen sich die Wahrgelungen freier, ehelicher Männer am Staat und den Volkstrettern dieser Maßnahmen selbst. Was der Prozess gegen die Durchsuchereien auch zutage fördert, er geschlägt den künstlich aufgeputzten Nimbus von den selbstlosen Grubenbeamten und zeigt uns Saarabien nochmals als ein abschreckendes Beispiel.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 13. Juli 1908.

Zeppelin.

Zeppelin ist eine Tagesgröße geworden. Es gab eine Zeit, da man seine Versuche unbeachtet ließ, da seine Pläne höchstens den Stoff zu mehr oder minder wohlfeilen Epochen für die Witzblätter hergeben mußten. Nun hat er es durchgesetzt. Geradezu widerlich gebärdet sich dabei die Sensationspresse. Man ist auf dem besten Wege, Zeppelin zu einem Nationalhelden zu machen. Die betrieb-samen Reporter werden ihm interviuieren und mehr oder minder belanglose Ereignisse aus seinem Leben für den Tageslatz servieren.

Der Fall Zeppelin ist typisch als Erfindersdramma. Wenn heute Fachverbände und technische Hochschulen ihm die Ehrenmitgliedschaft anbieten, so hat er diese allgemeine Anerkennung früher nicht gefunden. Als der schweizerische Technikerverband ihm vor einigen Tagen ein enthusiastisches Begrüßungstelegramm schickte, da

mag der Graf vielleicht an einen Vorfall vor fünf Jahren gedacht haben. Als in Mangel sein erster Aufstieg infolge eines unvorhergesehenen Hindernisses nicht stattfinden konnte, da wurde er von dem vielhundertköpfigen Publikum der Schweizer Sonderposten in ständischer Weise ausgepfiffen. So ändert sich das Bild. Heute hat sein Name und sein Unternehmen bereits den Anreiz zu ganz eigenartigem Gründungs-sieber gegeben. Zunächst haben einige Hurrapatrioten das Verdienst nach einem Pendant zum Flottenverein, nämlich zu einem deutschen Luftflottenverein. Die Gründung desselben ist von Regierungsrat Rudolf Martin angeregt worden, dessen Phantasieren schon wiederholt die Fachwelt beschäftigt haben. Dieser Luftflottenverein will sich die Schaffung und Förderung einer deutschen Luftflottenmacht aus privaten Mitteln zur Aufgabe stellen. In den Statuten heißt es, daß im Kriegs-falle sämtliche Luftschiffe des Vereins dem Reiche zur Verfügung gestellt werden sollen; die Flotte soll nicht in eigene Regie genommen, sondern die Arbeiten sollen den bestehenden Luftschiffbauvereinigungen übertragen werden. Der Mindestbeitragsbeitrag beträgt 50 M., womit eine Freifahrt verbunden sein soll usw.

Im „Frankenthaler Tageblatt“ erlöst der verantwortliche Redakteur an der Spitze des Blattes einen Aufruf, eine Gesellschaft für Luftschiffahrt zu bilden, zu der der Beitritt für jeden Deutschen, auch dem Vermerken, ermöglicht werde! An jedem Orte müsse eine Ortsgruppe für Luftschiffahrt gegründet werden. Denn die Erfindung des Luftschiffes leite eine „neue Ära“ ein, denn: „Deutschland in der Luft voran.“ Das ganze deutsche Volk müsse mitwirken an der Schaffung einer Luftflotte, die Deutschland wiederum einen kulturellen und strategischen Vorrang über alle andere Völker sichere!

Aber auch der Kapitalismus wittert in den Zeppelinschen Arbeiten ein glänzendes Geschäft. Schon haben sich mächtige Industriegesellschaften, wie Krupp, Siemens-Schudert, Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, dahingehend verständigt, eine Zeppelin-Luftschiff-Vertriebsgesellschaft zu gründen. Das Unternehmen soll als Gesellschaft m. b. H. mit einem Einlagekapital von 8—10 Millionen gegründet werden.

Chaubinische Annahme und kapitalistisches Gründungs-sieber als Tauspaten einer Erfindung, die dem allgemeinen Kulturfortschritt dienen sollte!

Die unzufriedenen Panzerplattenpatrioten.

Aus dem Flottenverein ausgeschlossen sind bis jetzt der Schwarzburg-Rudolstädter Landesverband, die Ortsgruppe Mühlheim a. d. Ruhr und Mühlheim (Styrum) sowie der unter Leitung des bekannten Vizienten Weber in Minschen-Glabach stehende Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine, der dem Flottenverein als korporatives Mitglied beigetreten war. Ferner ist der Vorstand des westfälischen Provinzialverbandes aus dem Flottenverein ausgeschlossen. Ihm gehörten an der Fabrikdirektor Schmedendick, Handelskammerpräsident Dr. Martens, Kommerzienrat Bieslott, Kommerzienrat Brämann, Geheimrat Kommerzienrat Kirdorf, Kommerzienrat Klasing, Geheimrat Sanitätsrat Dr. Mayweg, Kommerzienrat Meyer. Bemerkenswert ist, daß die Hauptversammlung des westfälischen Provinzialverbandes, in der diese Vorstandsmitglieder ihre Kempter niederlegten, unter dem Vorsitz des Fürsten Salm selbst stattfand!

Die „Tägliche Rundschau“ teilt auch näheres darüber mit, weshalb der Fürst Salm den übertragene Präsidentenposten nicht angenommen hat. Fürst Salm hat für die Wiederannahme des Präsidiums die „einzige Bedingung“ gestellt, daß er jederzeit ohne Wissensträger dem Kaiser Vortrag über den Flottenverein halten dürfe. Diese Vergünstigung habe man zu „hintertreiben“ gewußt. Der Präsident des Flottenvereins beantragte damit also für sich das Recht des Inmediatvortrages, wie er dem Reichskanzler und Ministerpräsidenten zusteht, während die „gewöhnlichen“ Minister dieses Recht nicht einmal in vollem Umfange besitzen. Es scheint freilich, als ob Fürst Salm als Präses der Flottenvereine früher dieses Recht für sich hat in Anspruch nehmen dürfen!

Vom Brennerlaß.

Damit die Lehrergelälter nicht allzusehr steigen, hat bekanntlich seinerzeit der verfloßene Kultusminister Studt den sogenannten Brennerlaß ergehen lassen, das heißt eine Anweisung, daß die Staatsbehörden Einspruch erheben sollten, wenn kommunale Verbände die Lehrergelälter höher bemessen sollten, als das der Regierung angemessen erscheine. Es sind auch bereits zahlreiche Fälle bekannt geworden, wo die Regierung dieser Anweisung gemäß Einspruch gegen die Absichten städtischer Gemeinden eingelegt hat. Auch nachdem Studt von der Wildschade verschwinden und Holle an seine Stelle getreten ist, hat sich an diesem System des Brenners nichts geändert. So wird jetzt wieder daran erinnert, daß die Regierung in Düsseldorf Einspruch dagegen erhoben hat, daß die 70 000 Einwohner zählende Gemeinde Vorbeck bei Essen im Sommer vorigen Jahres die Anfangsgelälter der Lehrer um 150 Mark erhöhte, nämlich ein Grundgehalt von 1500 Mark statt bisher 1400 Mark und eine Meidenschaftsdienung von 500 Mark statt bisher von 450 Mark beschloß. Die Düsseldorf Regierung erklärte, eine Erhöhung des Grundgehaltes um 50 Mark für ausreichend. Die Verufung auf besondere Steuerungsverhältnisse lehnte sie damit ab, daß eine Gleichstellung mit Essen, wo 1500 Mark Gehalt gezahlt werden, zu vermeiden sei. Als gegen diese Entscheidung der Düsseldorf Regierung die Vorbecker Gemeindevorwaltung beim Kultusminister Beschwerde erhob, wurde nunmehr, nach einem halben Jahr, ein ablehnender Bescheid erteilt.

Die preussischen Ministergelälter sind seinerzeit mit einem Schlag um 15 000 Mark erhöht worden! Aber eine hundert-fach geringere Aufbesserung eines Lehrergelalters findet im Kultusministerium Widerpruch! Um nicht die Lehrergelälter im allgemeinen aufbessern zu müssen, verweigert man sogar den Gemeinden, die Gehälter ihrer Lehrer nach ihrem Gutsdanken festzusetzen. Dagegen hat es die preussische Regierung mit der Aufbesserung der Gehälter der Geistlichen sehr eilig, so eilig, daß es sogar die Geistlichen-Befoldungsreform während der kurzen Tagung des Landtages im Anfang dieses Monats durchsetzte!

Die 500 Mark-Affäre im Angestelltenkonflikt.

Wir hatten Gelegenheit genommen, die Mitteilung aufzunehmen, daß die Maschinenfabrik Nürnberg-Augsburg jedem Beamten ein „Geschenk“ von 500 M. gewährt, der für diesen Judaslohn seine Organisation verleugnen will. Die Wichtigkeit dieser Mitteilung wurde in der bürgerlichen Presse zum Teil sehr lebhaft bestritten. So gering wie man die sozialpolitische Einsicht gerade der bayerischen Industriellen auch von bürgerlicher Seite einschätzt, wurde doch eine solche Handlungsweise nicht für möglich gehalten. Wir erfahren nun aber von wohlunterrichteter Seite, daß diese 500 Mark-Geschichte im vollen Umfange auf Wahrheit beruht. Damit zeigen die Arbeitgeber, daß sie die auf den Index gesetzten Verbände mit den rücksichtslosesten und schädlichsten Mitteln niederringen wollen. Trotzdem gegen das Vorgehen der

bayerischen Arbeitgeber von allen Seiten protestiert wurde, denken die Scharmacher nicht daran, nachzugeben, vielmehr ist durch diese letzte Maßnahme die Situation noch verschärft!

Ein Richter über den Richterstand.

Ein Richter — freilich ein französischer — hat jüngst über den Richterstand ein interessantes Urteil gefällt. In der Wochenchrift „Morgen“ veröffentlicht der weit über Frankreich hinaus bekannt gewordene Richter Paul Magnaud, Präsident honoraire du Tribunal de Chateau-Thierry, einen Aufsatz, betitelt: „Der Veruf und die Pflichten des Richters“, in dem er u. a. folgende Ausführungen macht:

„In Frankreich stammen neun Zehntel der Richter aus Bourgeoisfamilien oder sind in einem Bourgeoismilieu aufgewachsen. Drei Viertel von dem übrigen Zehntel sind der Herkunft nach Aristokraten oder, was schlimmer ist, Leute, die aristokratische Ansprüche machen; das letzte Viertel allein geht aus dem wohlhabenden Arbeiterproletariat hervor. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, bringt nun aber der Richter die Fehler und Vortüge des Milieus, aus dem er herkommt, in das Gerichtstribunal mit, ist also mit einer Anzahl vorgefaßter Meinungen belastet, nach denen er die Menschen und die menschlichen Handlungen verurteilt. Daneben besitzt er allerdings eine solide, wenn auch mehr subjektive Fachbildung, kennt zur Genüge die hauptsächlichsten sozialen und politischen Fragen und hat eine gute Moral, wenn ihm auch seine Durchschnittsbildung so wenig Heroismus verleiht, wie sie ihn der Gefahr aussetzt, geringen Versuchungen zu erliegen. Er hat mithin nichts, was ihn in der Achtung oder Liebe des Volkes erhalten oder wieder emporrichten könnte, wenn er sie infolge einer persönlichen Schwäche oder eines begangenen Irrtums oder eines parteiischen Urteils eingebüßt hat. Im übrigen lassen seine Vorurteile keine Ahnung bei ihm aufkommen, wie grauenvoll ungerecht manche von den Urteilen sind, die er zugunsten der in seinen Augen so gut wie unfehlbaren Reichen und Mächtigen gegen Unglückliche erläßt. Außerdem fürchtet und haßt er jedweden „Skandal“, und Skandal nennt er alles, was öffentlich darauf hinweist, daß die Gesellschaft die Schuldige ist oder daß die Ehrbarkeit der höheren Stände Gemeinheiten verbirgt. Aus diesen Gründen und obwohl in seinen Annalen die Namen einiger Edlen verzeichnet sind, hat sich der Richterstand im großen und ganzen fast immer in eckig gegen die Starren gezeigt und kann nicht gegen das Mißtrauen aufkommen, das die öffentliche Meinung gegen ihn hegt.“

Uns dünkt, daß der französische Richter Magnaud nicht nur den französischen Richter mit großem soziologischem und psychologischem Scharfsinn porträtiert hat!

Unkenntnis des Vereinsgesetzes.

Die erste Bestrafung eines Jugendlichen auf Grund des neuen Vereinsgesetzes wird aus Wäpferdors Kreis Waldenburg gemeldet. Ein siebzehnjähriger Fabrikarbeiter hatte an einer Versammlung des Textilarbeiterverbandes teilgenommen. Der Amtsvorsteher in Donnerau hatte ihn daraufhin mit einem Strafbefehl über drei Mark bedacht. Auf den erhobenen Einspruch hat das Schöffengericht jetzt die Strafe in Höhe von drei Mark bestätigt.

Die Herren Richter haben offenbar — wenn auch unbegreiflicherweise — übersehen, daß das Gesetz nur bei Teilnahme an politischen Vereinen ein Alter von 18 Jahren voraussetzt!

Geschütze, die sich selbst beschließen.

Unter dieser Stichmarke berichteten wir seinerzeit über ein sonderbares Malheur, das in der deutschen Kriegsmarine passiert war. Beim Einschließen (I) der Geschütze auf dem neu erbauten Minenschiff „Nornen“ war einem 17 Zentimeter-Geschütz von einem Kadavergeschütz das Rohr weggeschossen worden. Man hatte vergessen (II), das 17 Zentimeter-Geschütz ausreichend herumzuführen und hatte vor dem Abfeuern des nächsten Geschützes nicht bemerkt (III), daß unmittelbar vor seiner Mündung das Rohr des 17 Zentimeter-Geschützes lag. Ueber das Mißgeschick, das in der ganzen Marine Sensation gemacht hatte, das aber von der bürgerlichen Presse totgeschwiegen worden war, wurde jetzt vor dem Kriegsgericht des 1. Geschwadern in Kiel verhandelt. Die Sitzung fand an Bord des Unglücksschiffes selber statt. Angeklagt wegen Fahrlässigkeit in der Behandlung der Geschütze waren ein Fregattenkapitän, ein Kapitänleutnant und ein Leutnant zur See. Der entstandene Schaden betrug 85 000—70 000 M. Die Verhandlung fand „im Interesse der Landesverteidigung“ hinter verschlossenen Türen statt, dauerte fünf Stunden und endigte mit der Freisprechung sämtlicher Angeklagten.

Inwiefern das Interesse der Landesverteidigung die Geheimhaltung der Verhandlung bedingte, ist uns schleierhaft. Oder glaubte man, daß es für das Renommee der deutschen Marine gefährlich sein würde, wenn das Ausland von einem Malheur Kenntnis erhielt, das noch nicht einmal der Flotte Roschdewitschenski passiert war?

Nationalliberaler Raketenjammer.

Die Nationalliberalen in Köln haben am Montag in einer nur für Parteimitglieder zugängigen Versammlung sich über die Frage unterhalten, welche Aufgaben der Partei aus den letzten Wahlen erwachsen. Der Redner des Abends, Professor Moldenhauer, stellte fest, daß die letzten Wahlen sowohl für den Reichstag wie für den Landtag und ebenso auch für die Adner Stadtverordnetenversammlung den Nationalliberalen nur Mißerfolge gebracht hätten. Schuld daran sei die Laueheit, ja Gleichgültigkeit vieler Wähler. Drei große Gruppen der Bürgerchaft hätten für die nationalliberale Partei in Betracht: die durch ihre Stellung und ihr Vermögen hervorragenden Bürger, die mächtige Zahl des Mittelstandes und drittens die nicht minder mächtige Zahl der Arbeiter. Das Verhältnis der Partei zu der ersten Gruppe sei nicht mehr wie früher: es seien Bestimmungen eingetreten aus politischen und wirtschaftlichen Ursachen, die manchen früher tätigen Parteifreund zurückhalten. Aber auch im Mittelstande, der hauptsächlich der nationalliberalen Partei, bewähre sich der rechte politische Sinn nicht mehr, es sei ein Schwanken nach rechts, mehr aber noch nach der radikalen linken Seite zu bemerken. Bezüglich der Arbeiter sagte der Redner:

„Ich darf wohl ohne uns zu rühmen sagen, daß wir und die reichliche Nähe gegeben haben, die Arbeiter für uns zu gewinnen. Bei ihnen ist von Laueheit und Gleichgültigkeit für das politische Leben jedenfalls nicht zu sprechen, hier herrscht eine Teilnahme, wie wir sie in denselben Maße nur den anderen Gruppen wünschen können. (Lebhafter Beifall.) Aber wir müssen uns offen sagen, daß aus dem Arbeiterstande uns kein freundlicher Geist entgegenweht, daß vielmehr mit wenigen Ausnahmen man unserer Partei feindlich sich gegenüberstellt. Die Arbeiter stehen hier in Köln im Sinne des Zentrums und der Sozialdemokratie. Unsere Versuche, in unseren Versammlungen die Arbeiter über die in der Tat fördernde soziale Tätigkeit der nationalliberalen Partei aufzuklären und in Gegenwart der Arbeiter selbst über unsere Ziele zu sprechen, sind vergeblich gewesen, und das wird meiner Ansicht nach auch in den nächsten Jahren noch der Fall sein.“

Die Ursache für die Minderwertigkeit des Arbeiter bei den verschiedenen Bevölkerungsschichten liegt nach der Ansicht des Redners in dem politischen Schwanken der nationalliberalen Partei, erst wenn ihre Politik wieder stetig und zielbewußt

werde, sei an der Wiedergewinnung des alten Einflusses zu denken. Der Redner gab in dieser Hinsicht einige Fingerzeige und schloß mit dem Ruf: „Ein Hundstott, der unsere Sache aufgibt!“

Wir bezweifeln, daß dieser temperamentvolle Ruf dazu beitragen wird, dem Nationalliberalismus die früheren Anhänger zurückzugewinnen und die jeglichen vor der Fahnenflucht zurückzuhalten. Man darf im Gegenteil annehmen, daß immer mehr Nationalliberale zu der Ansicht kommen: Ein Hundstott, wer bei dieser Partei bleibt! —

Schweiz.

Schmählcher Zaren dienst.

So sind alle Proteste denn doch vergeblich gewesen und der Appell an die Humanität hat in dem Lande, auf deren Bergen einst die Freiheit wohnte, kein Echo gefunden. Das Bundesgericht hat sich dem Befehl des Zaren gebeugt und die Auslieferung des russischen Sozialrevolutionärs Wassiliew genehmigt. Die Schweiz hat aufgehört, ein Asyl für die verfolgten Opfer des Zarismus zu sein, und der Schergen dienst, den das willfährige Gericht dem Despotismus geleistet hat, vernichtet auf immer das, was den höchsten Ruhm der kleinen Republik ausgemacht hat.

Wassiliew war beschuldigt, die Hinrichtung des Polizeimeisters von Benja vollzogen zu haben. Dieser Polizist war von den Bluthunden, die der Zarismus auf das russische Volk losgelassen hat, einer der Schlimmsten. Mit sadistischer Grausamkeit wütete er gegen unschuldige Bauern; nicht nur Männer, auch Frauen und Kinder wurden auf seinen Befehl zu Tode gemartert und geprügelt, bis ihn schließlich sein Schicksal erreichte.

Eine sorgfältig und nachdrücklich geführte Verteidigung hatte den Nachweis geführt, daß die Auslieferung Wassiliew's dem Schweizer Recht völlig zuwider wäre, und schon durfte man hoffen, daß das Abscheuliche nicht geschehen würde. Vergebens! Kleinbürgerlicher Klassenhaß und Beschränktheit, feige Sorge um die politischen Folgen der Wahrung des Apsprechens haben die Richter vermocht, den Revolutionär den zarischen Senkern zu überliefern. Aber mit Wassiliew haben die gefügigen Richter zugleich die Achtung und Liebe geopfert, die man ihrem Lande entgegenbrachte. —

Frankreich.

Die Verstaatlichung der Westbahn.

Paris, 11. Juli. (Fig. Ver.) Nun hat auch die Kammer den Gesetzentwurf über die Verstaatlichung der Westbahn in der Fassung des Senats angenommen. Wenn man den Konstantinischen der konservativen und mancher liberalen Presse schenken wollte, wäre die Republik damit auf die schiefste Ebene geraten, die sie von dem so trefflich eingerichteten kapitalistischen Wirtschaftssystem in das Verderben des Kollektivismus hinabgleiten läßt. Die Durchsetzung des Gesetzes war für die Regierung nicht leicht. Momentlich im Senat war die Opposition unter Führung des alten Korruptionisten Kowier groß. Die Kommission hatte Vertagung beantragt, und dieser Antrag wurde nur mit drei Stimmen Mehrheit abgelehnt, wobei es im Verlauf der Stimmauszählung verdächtige Vorgehen gab. Und schließlich hatte sich Clemenceau doch noch zu einer Konzeption an den Senat entschließen müssen, die äußerlich wie ein Zugeständnis an das parlamentarische Prinzip aussieht, aber in der Praxis die Einführung des Staatsbetriebes auf der Westbahn noch empfindlich verzögern kann. Die Organisation und Verwaltung des übernommenen Netzes, sowie die mit dem Anlauf und dem staatlichen Betrieb verbundenen provisorischen finanziellen Maßnahmen sollen nämlich nicht, wie es in dem Entwurf hieß, durch ein Dekret, sondern durch ein Gesetz geregelt werden. Der Kommunikationsminister Borchou hat die Kundmachung des Verstaatlichungsgesetzes für spätestens Ende 1908 zugesagt. Dies verpflichtet ihn auch, den Entwurf über die provisorische Verwaltung ohne Verzug vorzulegen. Eine Verlängerung dieses Provisoriums aber müßte den Verkehr auf der ohnehin sehr schlecht verwalteten Westbahn total desorganisieren. So wird die Regierung wohl auch das Gesetz über die definitive Organisation des Betriebes bald vorzulegen gezwungen sein, ohne freilich die unverbesserlichen Manchesteraliberalen des Senats, die zudem bei der Verteidigung der Eisenbahngesellschaften ihre persönlichen Interessen vertreten, hindern zu können, noch einmal alle Kräfte der parlamentarischen Opposition und — Korruption aufzubieten.

Die Zustimmung zum „Prinzip“ der Verstaatlichung war eine Konzeption an die Stimmung der Kleinbürgerlichen Demokratie, die die Senatoren bei all ihrer Verknüpfung mit dem Finanzkapital schon darum nicht verweigern konnten, weil Clemenceau sie lebhaft angegangen hatte, seine Genarmenrolle durch die Verwirklichung wenigstens dieses einen Punktes seines berühmten Reformprogramms wieder in ein etwas besseres Licht zu setzen.

Wenn man die regierungsfreundliche Presse die Verstaatlichung wie ein großes, für den allgemeinen politischen und sozialen Fortschritt Frankreichs entscheidendes Ereignis feiern sieht, so steht natürlich ebenso bewußte Übertreibung darin wie hinter den Unheilprophezeiungen, an denen die großkapitalistische Presse so reich war. Sicher hat für ein Land mit einer so verstockten liberalen Bourgeoisie wie Frankreich die Ausdehnung des Staatsbetriebes auf die Bahnen eine gewisse prinzipielle Bedeutung. Aber es geht schon ein ganz unerbittlicher Optimismus dazu, im Hinblick des gestrigen Beschlusses seine Seele gelöst zu fühlen und die solange verlegte Bahn des demokratischen und sozialen Fortschritts wieder geöffnet zu glauben. Wie sehr auch die Verstaatlichung der Verkehrsmittel in der Linie der sozialistischen Gegenwarts politik liegt, so bleibt darum doch unbestreitbar, daß sie zunächst die Machtmittel des bürgerlichen Staates frähen und die Einflußsphäre der parlamentarischen Korruption erweitern muß. Ein Gegengewicht kann da nur die Organisation der Arbeiter und Beamten bieten, die Schutzrichtungen gegen Willkür und Protektion schafft, sowie die parlamentarische Kontrolle durch eine starke sozialistische Vertretung.

Eine Nachwahl.

Paris, 13. Juli. Bei der gestrigen Erstwahl zur Deputiertenkammer in Valence an der Rhone siegte der Kandidat der unabhängigen Sozialisten Chabert. Die Tagung des Parlaments wurde geschlossen.

Türkei.

Die jungtürkische Bewegung.

Konstantinopel, 13. Juli. Gestern wurde auf dem französischen Dampfer „Sidon“ während der Fahrt von Saloniki nach Konstantinopel der General Fazil Pascha von einem türkischen Offizier ermordet. Der Dampfer traf heute früh in den Dardanellen ein. Die Pforte wird die Auslieferung des Mörders verlangen.

Atina, 13. Juli. Wie der „Königlichen Zeitung“ aus Konstantinopel gemeldet wird, weigert sich der an Stelle Schamsi

Paschas nach Monastir berufene Marschall Osman Pascha abzureisen, indem er Krankheit vorbringt. Vertretungsweise wurde Mahmud Pascha nach Monastir beordert, der sich aber ebenfalls weigerte abzureisen.

Persien.

Täbris kämpft weiter.

Täbris, 13. Juli. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Eine Schar Revolutionäre hielt heute morgen auf dem Gebäude des ehemaligen Endschums eine rote Fahne. Mittags zog Kasim Khan mit tausend Reitern in die Stadt ein und durchquerte das feindliche Stadtviertel Giaban, ohne bei den Einwohnern, die ihre Waffen und ein Geschütz auslieferten, auf Widerstand zu stoßen. Kasim Khan stellte sich mit seinen Truppen in dem dem Schah gehörenden Garten Vazschaman auf. Man erwartet eine Belagerung des Stadtbezirks Umtrakhis, der noch im Widerstand beharrt und wo seit heute früh geschossen wird. Der Schah gab telegraphisch Befehl, keinerlei Maßregeln zu scheuen, um den Aufstand schnellig zu unterdrücken.

Indo-China.

Die Unruhen.

Saigon, 12. Juli. In Keithan, Provinz Bac-ninh, sind ein Polizeioffizier und ein eingeborener Beamter von Piraten ermordet worden. Auf die Angabe von eingeborenen Soldaten hin wurden zwei Annamiten, ein Professor und ein Dolmetscher, verhaftet und der Kommission für Kriminalfälle überwiesen wegen Aufreizung zur Revolte und zur Ermordung von Europäern.

Paris, 12. Juli. Einer Blättermeldung zufolge wird die Regierung infolge der Ereignisse in Tonkin im Laufe des Juli dreitausend und bis zum Ende des Jahres weitere fünftausend Mann Verstärkungen nach Indochina senden.

Marokko.

Der Marsch der Sultanen.

Paris, 12. Juli. Aus Fes wird unter dem 8. Juli gemeldet: Hier erhält sich das Gerücht, daß Mulay Hafid am 11. Juli entweder nach Rabat oder nach Marrakech abmarschieren wird.

Von Rabat kommt heute die Nachricht, daß Abdul Afis um 10 Uhr morgens mit dem Rasen nach Tmara, einem südlich von Rabat gelegenen Orte, abgereist ist. Sein Ziel ist Marrakech.

Aus der Partei.

Ein amtliches Lob für die Sozialdemokratie. Das Königl. Statistische Landesamt für Württemberg veröffentlichte kürzlich in den Württembergischen Jahrbüchern für Statistik und Landeskunde, Jahrgang 1907, 2. Heft, eine instruktive Arbeit des Finanzrats Dr. A. Schott über „Die Ergebnisse der Landtags- und Reichstagswahlen in Württemberg im Winter 1906 auf 1907“. Ueber die Landtagswahl wird darin gesagt:

„Inwieweit die Proporzähler der Stadt Stuttgart sich streng an die Parteistimmzettel gehalten und diese unabgeändert in die Wahlurne eingeworfen haben, ist aus den als besondere Beilage den Wahlkommissionsprotokollen der 82 Abstimmungsabstimmungen festzustellen. Danach wurden insgesamt 29 216 Stimmzettel, das sind 71,9 Proz. der überhaupt abgegebenen gültigen Stimmzettel, ohne jegliche Aenderung seitens der Wähler in die Urne gesteckt. Allen voran in der sorgfältigen Wahrung der Parteidisziplin stehen die Anhänger der Sozialdemokratie und des Zentrums. Die absolut und relativ geringste Zahl von unändernd abgegebenen Stimmzetteln sind bei der konservativen Partei zu verzeichnen.“

Von der Sozialdemokratie wurden nämlich 92,1 Proz., vom Zentrum 91,5 Proz., von der konservativen Partei 85,2 Proz. unabgeänderte Zettel abgegeben.

Ueber die Reichstagswahlen wird gesagt: „Ebenso war bei den Reichstagswahlen am 25. Januar 1907 die Sozialdemokratie gegenüber jeder anderen Partei im Uebergewicht. Sie ist zugleich die einzige Partei, die in allen Reichstagswahlen freien Stimmen erhielt. Von 100 gültigen Stimmen trafen auf diese außerordentlich zahlreiche Partei 27 Proz., dann folgten das Zentrum mit 22,8 Proz. und die Volkspartei mit 19,1 Proz.“

Unsere Toten. In Reichenhausen im Raintal starb der Genosse Robert Müd. In Hamburg hatte er die Lehren der Sozialdemokratie kennen gelernt. Nachdem er in seine Heimat zurückgekehrt war, hat er unermüdet für die Partei und seine Gewerkschaft, die der Steinhauer, gearbeitet. Die Proletarierkrankheit hat ihn dahingerafft.

Ein seltsames Vorkommnis.

Der Redakteur unseres Geraer Parteiblattes Genosse Hermann Seyfarth hatte sich am Donnerstag wegen Verurteilung vor dem Gericht zu Gera zu verantworten.

In der „Reichlichen Tribune“ war in einer Notiz aus der sächsischen Enklave Liebshitz der dortigen Arbeiterkassette mitgeteilt worden, daß den Arbeitern kein Saal mehr zur Verfügung steht und daß sie daraus die Konsequenzen ziehen möchten. In dieser Wendung wurde die Aufforderung zum Vorkott erblüht, die durch einen Strafbescheid, der sich auf eine Verordnung der Amtshauptmannschaft Woldau vom Jahre 1894 stützt, mit 15 M. Geldstrafe gesühnt werden soll. Unser Genosse beantragte selbstverständlich gerichtliche Entscheidung. Er bestritt die ihm zur Last gelegte Schuld und behauptete, daß die sächsischen Verordnungen doch nicht für Reuß j. L. maßgebend sein könnten. Er habe übrigens keine Kenntnis davon, daß die „Reichliche Tribune“ in Liebshitz gelesen würde. Der Staatsanwalt hielt unter Zuhilfenahme des Reichsbürogesetzes aus den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts in Verbindung mit § 360, des Strafgesetzbuches und des § 20, des Preßgesetzes die Verurteilung aufrecht und beantragte 15 M. Geldstrafe. Das Gericht erkannte demgemäß, weil der Tatbestand der Vorkottklärung gegeben und nach mehreren Reichsgerichtsentscheidungen strafbar sei. Das komische an der ganzen Sache ist, daß unser Genosse nach einem sächsischen Gesetz in Reuß j. L. verurteilt worden ist. Er wird Berufung einlegen.

Soziales.

Zur Lage der Staatsarbeiter in Preußen.

In dem soeben erschienenen Jahresbericht der Allgemeinen Arbeitsnachweisstelle für Kiel und Umgegend findet sich folgender Passus:

Die der königlichen Eisenbahn-Vertriebsinspektion unterstellten Bahnmeistereien in Kiel, Haffsee und Preetz sowie die Bahnmeisterei in Boorde benutzten auch bereits in früheren Jahren unsere Vermittlung. Die Beschaffung der hier benötigten Arbeitskräfte bereitete jedoch besondere Schwierigkeiten, da die gestellten Anforderungen bezüglich der körperlichen Tauglichkeit in einem nicht besonders günstigen Verhältnis zur Lösung stehen.

Die Allgemeine Arbeitsnachweisstelle in Kiel ist ein von staatlichen und kommunalen Behörden sowie von Arbeitgeberorganisationen unterstütztes und in Anspruch genommenes Institut, das unter der Leitung eines Landesversicherungsrates steht. Wenn von solcher Seite einem staatlichen Betrieb, sei es auch nur in verblichenern Worten, öffentlich nachgeholt wird, seine Ansprüche seien so hoch, seine Lohn so schlecht, daß sogar Arbeitlose auf solchen königlichen Dienst verzichten, kann man sich die dieser Mitteilung zugrunde liegenden tatsächlichen Verhältnisse, über die leider nichts Näheres ausgeführt wird, gar nicht klar genug vorstellen.

Gegen Freizügigkeit der Landarbeiter.

Der in Mainz abgehaltene vierjährige landwirtschaftliche Genossenschaftstag erörterte in einer Weise die „Landflucht“.

Landrat v. Eisenhard-Rot aus Wublich in Pommern sprach über die Maßnahmen genossenschaftlicher Art, mittels deren sich dem Landarbeitermangel entgegenwirken lasse. Die Bindung an die Scholle sei notwendig, und müßten Einrichtungen geschaffen werden, die den Arbeiter nötigten, bei dem Großgrundbesitzer zu arbeiten. Hier biete das Renten- und Gehaltsgesetz eine Handhabe und die Dorfau solle in Erdbau gegeben werden. Doch solle man nur da zur Eigentumsübertragung schreiten, wo sich keine Fabriken in der Nähe befänden, die die Arbeiter anzögen. Die pommersche Ansiedlungskommission arbeite bereits in dieser Richtung. Auch solle verhindert werden, und zwar von Reich wegen, daß eine Gegend der anderen die Arbeiter abjage. Wehlich sprachen die folgenden Redner. Die Landarbeiterfrage sei Wohnungsfrage. Der Verlust der Arbeitsstelle treibe die Arbeiter in die Stadt, da der Grundbesitzer meist auch der Wohnungseigentümer sei. Ein Redner regte an, den Arbeitern Selbstenheit zum Grundwerb zu geben, ein anderer empfahl die Schaffung eines Kreditinstituts, etwa einer Pachtbauersbank, ein dritter wollte, daß die Genossenschaften mehr die Pachtbauern größeren Grundbesitzes förderten und mit dem erwerbdominanten Güterhandel in Wettbewerb treten. Schließlich wurde die folgende Resolution angenommen:

„Der Genossenschaftstag erachtet es für dringend erwünscht, daß der Reichsverband der überaus wichtigen Frage der Schaffung der ländlichen Arbeiter auf genossenschaftlichem Wege fortgesetzt seine Aufmerksamkeit zuwendet.“

Die Tagung zeigt wieder klar, daß die Rentengutsgeggebung und derlei ähnliche Wünsche nicht von irgend einer Rücksicht auf die Arbeiter, sondern lediglich von der Rücksicht darauf diktiert ist, die Großgrundbesitzer mit willigen und billigen, von ihnen abhängige, Löhne, tatsächlich der Freizügigkeit korbarte Arbeiter zu versorgen. Vereits anfangs der neunziger Jahre betonten Landwirtschaftsorganisationen, wie die brandenburgische, die Rentengüter müßten so klein sein, daß der Besucher zur Arbeit auf den Rittergütern gezwungen wird. Statt all der Quacksalbereien, die der landwirtschaftliche Genossenschaftstag empfiehlt, hätte er rechtliche Gleichstellung der ländlichen Arbeiter mit den gewerblichen, vor allem Beseitigung der gegen die ländlichen Arbeiter bestehenden Ausnahmsgesetze und Koalitionseinschränkungen verlangen sollen. Arbeiterchutzgesetze für die ländlichen Arbeiter tun dringend not. Die reaktionären Pläne der Herren Großgrundbesitzer zeigen, wie von Tag zu Tag dringender eine Organisation der Landarbeiter für Preußen und Deutschland ist.

Prämien für Übertretung von Arbeiterchutzvorschriften.

In welcher rigorosen Weise sich Unternehmer zuweilen über die sozialpolitischen Gesetze hinwegsetzen, ergab eine am Sonnabend vor der Strafkammer in Halle stattgehabte Verhandlung gegen den Kohlengrubenbesitzer Karl Hoffmann und den Betriebsführer Hermann Rey von dort. Beide wurden beschuldigt, dem Vergesetz sowie der Gewerbeordnung zuwider ihre Kesselfeuer bei dem Förderbetriebe vom Sonnabend bis Montag 24 Stunden hintereinander beschäftigt zu haben. Das Gesetz gestattet im Höchstsfall eine 12stündige Schicht. Um die Kesselfeuer zu betreiben, zeichnete der Betriebsführer in den Kontrolllisten andere Namen ein. Die ausgebeuteten Feiger waren mit der langen Arbeitszeit nicht einverstanden; sie fügten sich aber dem Zwange, um keinen Schaden zu leiden. Erst durch eine anonyme Anzeige kamen die Vergehen zutage. Das gefährliche Treiben, Arbeiter 24 Stunden hintereinander vor einem glühenden Kessel zu beschäftigen, und die daraus für den ganzen Betrieb resultierenden Gefahren waren den Angeklagten als Hochzeiten bekannt. Der Grubenbesitzer kam aber mit 100 M. und der Betriebsführer mit 50 M. Geldstrafe davon.

Ueberschlägt der Verurteilte die Höhe des Gewinnes, den er aus der Gesetzesverletzung gezogen zu haben meint, mit seinen strafrechtlichen Ankosten, so dürfte die Bilanz wenig geeignet sein, ihn von Wiederholungen der Gesetzesübertretungen abzuhalten.

Eine ähnliche, noch leichtere Rechnung mögen die Unternehmer aufstellen, die wegen Unterschlagung von Krankenkassenbeiträgen besonders milde angefaßt werden. Zu den vielen von uns nach dieser Richtung angeführten Beispielen fügen wir ein zu Anfang dieses Monats von der bekannten Schubert-Strafkammer in Königsberg gefälltes Urteil. Der Bauunternehmer Adalbert Hoff war angeklagt, sich dadurch einen rechtswidrigen Vermögensvorteil verschafft zu haben, daß er Krankenkassenbeiträge, die er seinen Arbeitern vom Lohn abgezogen hatte, nicht an die Ortskrankenkasse abgab, sondern das Geld unterschlugen und für sich verwendet hat. Der Angeklagte gab zu, sich dieses Vergehens schuldig gemacht zu haben, er sei damals in Geldnot gewesen und habe sich das Geld für die Lohnauszahlung erst borgen müssen. Daß er sich strafbar machte, wenn er die Krankenkassenbeiträge nicht sofort abführe, will er nicht gewußt haben, auch habe er noch die Absicht, die Kasse schablos zu halten. Wie die Verhandlung ergab, dahieren die Unterschlagungen seit dem 29. Juli 1907. Der Gesamtbetrag der der Kasse rechtswidrig vorenthaltenen Beiträge beläuft sich auf etwas über 90 M. Das Urteil lautete auf — 20 M. Nachl. Reingewinn: 70 M.

Konsumvereinsbäckerei in Chemnitz.

Eine Million Mark wird alles in allem der vom Allgemeinen Konsumverein für Chemnitz und Umgegend seit langem projektierte Bau der Brotbäckerei kosten. Die Pläne sind genehmigt und mit dem Ausschlagungsarbeiten ist bereits begonnen worden. Das 30 000 Quadratmeter enthaltende Grundstück liegt an der Reichenhauer Straße an der Aue-Adorfer Eisenbahn in der Nähe des S-Bahnhofes; es wird Gleisanschluss erhalten. Das Grundstück kostet 300 000 M. Auf ihm wird nicht nur die Konsumbäckerei entstehen, für die 680 500 M. Baukosten veranschlagt sind, sondern auch ein neues Verwaltungsgebäude, und die Deutsche Grobhandels-Gesellschaft, Sitz Hamburg, wird ein großes Lagerhaus dort errichten. Es bleibt dann immer noch Raum für 30 bis 34 Baustellen, die verkauft werden können, sobald der Bauungsplan aufgestellt und genehmigt ist. Die Bäckerei wird für 12 Vorköfen eingerichtet, 6 werden sofort, die anderen nach Bedarf eingebaut. Die technisch vollendetsten Maschinen und modernsten Einrichtungen werden in den Betrieben zu finden sein. Durch Anteilsscheine trachten die Mitglieder etwa 100 000 M. auf.

Die Krankenkassen sind berechtigt, Heilmittel selbst zu verabsorgen.

Dieses aus dem Krankenversicherungsgesetz klar folgende Recht der Krankenkassen ist am Donnerstag vom Oberverwaltungsgericht in einem Verwaltungsstreitverfahren ausdrücklich anerkannt.

Die Ortskrankenkassen von Wilhelmshaven bilden einen Verband, der eine eigene Niederlage für solche Heilmittel, Drogen und chemische Präparate errichtet hatte, deren Einzelverkauf nach den bestehenden Vorschriften auf Apotheken nicht beschränkt ist. Der Magistrat als Aufsichtsbehörde erklärte die Verpflichtung der Kassenmitglieder, in nicht dringenden Fällen die Drogenverteilungsstelle des Kassenverbandes zu benutzen, unter Berufung auf ministerielle Erlasse für gescheitert. Durch Verfügung untersagte er die Verwendung derartiger Rezepte und brachte für den Fall der Zuwiderhandlung auf Grund des § 45 des Gesetzes Ordnungsstrafen an. Die Verfügung wurde vorgemacht, damals Vorsitzender der Ortskrankenkasse der Maurer und Steinhauer und zugleich Vorsitzender des örtlichen Verbandes, befähigt. Durch Schreiben vom

18. August 1907 teilte nun Vorgmann als Vorsitzender des Verbandes den Apothekern mit, daß die Kassen nur für gefahrlöse Arzneien unbedingt Zahlung leisten, für sonstige Heilmittel aber nur dann, sofern das ärztliche Rezept den Vermerk „dringend“ oder die Anweisung des Vorstandes trage. — Der Magistrat bedachte daraufhin Vorgmann mit einer Ordnungsstrafe von zehn Mark, weil dieses Verfahren der obigen Anordnung widerspräche, da die Mitglieder dadurch in der freien Auswahl der Lieferanten der „sonstigen Heilmittel“ beschränkt würden.

Vorgmann klagte im Verwaltungsstreit-Verfahren. Der Bezirksauschuß wies ihn ab. Der dritte Senat des Oberverwaltungsgerichts in Berlin hob jedoch auf seine Revision am 9. Juli das Urteil auf und setzte die Verfügung des Magistrats außer Kraft.

Begründend wurde ausgeführt: „In der Sache selbst gehen wir davon aus, daß auch bei Beratung des Gesetzes man nicht etwa der Ansicht gewesen ist, daß durch § 26a Nummer 2b eine Ausnahme von der Regel statuiert werden sollte, wenn diese Gesetzesstelle es für zulässig erklärt, durch Statut zu bestimmen, daß die ärztliche Behandlung, die Lieferung der Arznei und die Kur und Verpflegung nur durch bestimmte Ärzte, Apotheker und Krankenhäuser zu gewähren sind und die Bezüge der durch Finanzverwaltung anderer Ärzte, Apotheken und Krankenhäuser entstandenen Kosten, von dringenden Fällen abgesehen, abgelehnt werden kann. Zur Beurteilung der vorliegenden Frage muß man von § 6 des Gesetzes ausgehen. Nach diesem Paragraphen ist von den Kassen zu gewähren: freie ärztliche Behandlung, Arznei sowie Brillen, Verbandstoffe und ähnliche Heilmittel. Damit ist lediglich die Verpflichtung zur Gewährung der Mittel in Natura ausgesprochen. Die Mitglieder haben danach keinen Anspruch darauf, Geld zu erhalten und sich dafür die Mittel selbst zu besorgen, sondern nur auf Lieferung in Natura. Wenn Krankenkassen Einrichtungen treffen, die ihnen ermöglichen, in allen diesen Fällen den Mitgliedern die Mittel selbst zu liefern, so kann das nicht gesetzwidrig sein. Und da die Krankenkassen keinen Anspruch auf eine andere Lieferung haben, so ist es nicht gesetzwidrig, wenn ihnen ein Zwang auferlegt wird, die Mittel naturgemäß in Empfang zu nehmen. Die Verfügung des Magistrats muß darum außer Kraft gesetzt werden.“

Damit hat wieder einmal eine gesetz- und statutenwidrige Anordnung einer Aufsichtsbehörde durch das Oberverwaltungsgericht außer Kraft gesetzt werden müssen. Wenn der Magistrat sich nicht nach preussischen Ministerialerlassen, sondern allein nach dem Gesetz gerichtet hätte, hätte er nicht wie gesehen vorgehen können.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Entlohnung bei einer Weltfirma.

Die Hilfsarbeiter in den Betrieben der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft erhalten bekanntlich sehr niedrige Löhne. In der Maschinenfabrik, Brunnenstraße, wird ein Anfangslohn von 36 Pf. pro Stunde bezahlt, der in fünf bis sechs Jahren auf 52 und 64 Pf. steigt. In der Turbinenfabrik, Guttenstraße, wird ein Anfangslohn von 37 Pfennig pro Stunde bezahlt. Diese niedrigen Löhne sind erst auf dringende Vorstellungen der Hilfsarbeiter vor etwa einem Jahre bewilligt worden. Vorher waren die Löhne noch niedriger und in dem Betrieb in der Ackerstraße werden heute noch die alten Löhne von 32 und 33 Pfennig pro Stunde bezahlt. Die Arbeiter klagen über die Ungerechtigkeit, welche in dieser Differenzierung zumgunsten der Angestellten in dem Werk Ackerstraße liegt. Es bestehen durchaus keine Unterschiede in den Anforderungen, die an die Leute gestellt werden. Die Arbeit ist schwer, die Leistung in jedem Werk dieselbe, und doch ist der Lohn verschieden. Die Gesellschaft richtet gegenwärtig neue Zentralen ein, z. B. in der Taubenstraße, und die Arbeiter fürchten, daß dort etwa auch die niedrigsten Sätze als Anfangslohn eingeführt werden. Der Direktor Zwarg in dem Betrieb Ackerstraße erkannte erst jüngst wieder die Verbesserungsbedürftigkeit der Lohnverhältnisse für die Hilfsarbeiter an, und es ist zu hoffen, daß die Gesellschaft wenigstens Gerechtigkeit walten läßt und den Anfangslohn von 37 Pf. allgemein einführt. Es ist schon sehr schwer einzusehen, wie ein Arbeiter mit diesem Lohn eine Familie unter den heutigen Lebensverhältnissen ernähren kann. Die Montage-Hilfsarbeiter in der Ackerstraße klagen auch darüber, daß sie entgegen der Fabrikordnung statt 9 Stunden 12 Stunden arbeiten müssen, und sie wünschen, daß der Direktor Zwarg auch diesem Uebelstande seine Aufmerksamkeit widmet. Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft hat im letzten Jahre einen Reingewinn von rund 12.000.000 M. erzielt; sie erhöht die Dividenden ihrer Aktionäre regelmäßig — sollten da nicht einige Pfennige Zulage für die schwer gepogten Hilfsarbeiter übrig sein? —

Kähting, Former und Gießereiarbeiter!

Die Gießerei von Gebauer ist immer noch gesperrt. Die Kollegen werden dringend ersucht, dies zu beachten. Die Firma sucht auswärts (Landsberg, Chemnitz, Leipzig usw.) Arbeitwillige. Deshalb bitten wir arbeiterfreundliche Blätter um Nachdruck dieser Notiz.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. (Ortsverwaltung Berlin.)

Die Kollkutscher kündigen ihren Tarif.

Neuere haben die Kollkutscher von Berlin, organisiert im Handels- und Transportarbeiterverband, den Unternehmern die Kündigung ihres Tarifvertrages zum 1. September d. J. zugesandt. Mit Einstimmigkeit wurde dieser Beschluß der Organisation in einer hiesigen Versammlung der Kollkutscher, Begleiter und Wodenarbeiter gefaßt, die am Sonntagabend im „Gewerkschaftshaus“ stattfand. Werner referierte über die gegenwärtige Lage und wies darauf hin, daß die Organisation in den letzten drei Jahren, während der Tarif besteht, an Festigkeit erheblich gewonnen habe und von den Unternehmern in Anbetracht dieser Stärke, die der Verband zeigte, im allgemeinen auch respektiert worden ist. Die im Expeditionsgewerbe tätigen Arbeiter haben damit zugleich den Beweis erbracht, daß sie Verträge nicht nur abzuschließen, sondern auch auszuhalten verstehen. Der Redner erläuterte dann, wie wenig die im Jahre 1905 gewährte Lohnzulage durch die stetige Verteuerung des Lebensunterhaltes zur Geltung gekommen sei. Die Kutscher erhalten 25 und 28 M. Lohn pro Woche, können aber damit nicht mehr auskommen, schon deshalb nicht, weil sie den ganzen Tag über auf der Straße sind und ihre Mahlzeiten in Wirtschaften einnehmen müssen. Ihre Arbeitszeit beträgt statt 11 Stunden, wie festgesetzt, oft 12, 13 und 14 Stunden pro Tag. Ebenfalls sind die Arbeiter mit ihrem Lohn von 24 und 26 M. bei 6 1/2 Stunden Arbeit pro Woche zufrieden. — Werner erinnert an den Streik bei der Paketfahrt-Gesellschaft, der geführt wurde auf Grund des Paragraphen im Tarifvertrag, der da lautet: „Sämtliche Abmachungen dieses Vertrages gelten nur unter der Bedingung, daß sie bei allen im Berliner Expeditions- und Kollkutschergewerbe beschaffigten Firmen, gleichviel ob sie dem Lokalberein Berliner Expeditoren angehören oder nicht, gleichmäßig zur Durchführung gelangen.“ Der Streik sei verloren gegangen, aber die Gesellschaft habe dennoch den Tariflohn bezahlen müssen; das war ein Erfolg des Verbandes. Stärke von der Paketfahrtgesellschaft und Volle aus Moabit stehen an der Spitze einer Unternehmerversammlung, die sich in den letzten Jahren gebildet hat und den Zweck verfolgt, die Organisation der Arbeiter

zu bekämpfen. Sie geben schwarze Listen heraus, in denen in erster Linie vor Arbeitern gewarnt wird, die sich der „Hetzerei“ schuldig machen. Stärke wie Volle nehmen ihren Arbeitern das Koalitionsrecht, indem sie eine Kaution von 101 M. als „Strafe“ dafür einhalten, daß ein Angestellter eine Versammlung des Handels- und Transportarbeiterverbandes besucht. Die Arbeiter haben einen dahingehenden Vertrag zu unterzeichnen, und das Gericht betonte in einer diesbezüglichen Klage, daß es dahin-gestellt bleiben könne, ob diese Klausel gegen die guten Sitten verstöße. Auch die Eisenbahndirektion hat in einigen Orten gegen die Arbeiterorganisation Stellung genommen und von Unternehmern verlangt, daß sie diejenigen Angestellten entlassen, die dem Transportarbeiterverband angehören. — Demgegenüber ist zu betonen, daß die Organisation der Kollkutscher eine vorzügliche ist und eine nicht zu unterschätzende Macht bildet. 90 Proz. der Kutscher gehören dem Verbands an und zum größten Teil als langjährige Mitglieder.

In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner für die sofortige Kündigung des Tarifes aus, da eine Verbesserung der bestehenden Verhältnisse dringend geboten sei.

Werner besprach darauf den seitens einer schon früher gewählten Tarifkommission ausgearbeiteten Tarifentwurf. Daraus geht hervor, daß die Kutscher, Begleiter und Wodenarbeiter eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 5 M. pro Woche fordern. Auch wird eine Regelung des Lohnes für Stalleute und jugendliche Mitfahrer, für letztere auf folgender Grundlage, gefordert:

Die jugendlichen Mitfahrer unter 18 Jahren erhalten bei einem Alter von 14 bis 15 Jahren 16 M., bei einem Alter von 16 bis 17 Jahren 18 M. pro Woche. Ueber 18 Jahre alte Mitfahrer erhalten einen Lohn von 24 M. pro Woche. Falls Mitfahrer Kutscherarbeit verrichten müssen, erhalten die Betreffenden hierfür den festgesetzten Kutscherlohn ausgezahlt.

Eine Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden pro Tag wird gefordert. Bezahlung der Ueberstunden mit einem Zuschlag von 25 Proz. Ferner Einschränkung der bisher üblichen Sonntagsarbeit, für Kutscher Lieferung von warmen Decken und Regenpelzern zum Schutz gegen Kälte und Nässe. In jedem Betriebe sind der Zahl der angestellten Kutscher und Begleiter usw. entsprechend, heizbare Aufenthaltsräume, verschließbare Spinden zur Aufbewahrung der Kleidungsstücke, sowie Waschlöcher zu beschaffen.

Neuregelung der Ansprüche nach § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Gewährung von Sommerurlaub für sämtliche Kutscher und Arbeiter unter Fortzahlung des Lohnes. — Nachdem sich die Versammelten durch eine Abstimmung mit den von der Kommission vorgelegten neuen Forderungen einverstanden erklärt hatten, fand die Wahl einer 12gliedrigen Lohnkommission statt.

Deutsches Reich.

Der Ziegeleiarbeiterstreik in Eisenberg (S.-A.) dauert fort. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos. Die Ziegeleibesitzer wollen sich solidarisch erklären und sämtliche Arbeiter auspersperren.

Massenstreik der Bergleute gegen die Bergwerksterroristen.

Im Ruhrrevier fanden am Sonntag in allen Revieren massenhaft besuchte Bergarbeiterversammlungen statt, in denen gegen das Sperriystem, das durch den Zechenschutzverband hervorgerufen ist, energisch protestiert wurde. Die Erregung ist ständig im Steigen begriffen, weil die Wirkungen der Maßregel immer fühlbarer werden. In allen Versammlungen wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Ausland.

Der Massenaussperrungstag in Schweden und Dänemark.

Der zentrale Arbeitgeberverband Schwedens hat die erst für den 4., dann für den 11. Juli angekündigte Ausdehnung der Aussperrung bei ihren Mitgliedern auf ganz Schweden nun auf den 20. Juli verlegt, nachdem die Verhandlungen im Baugewerbe für die meisten Streitpunkte zu einer Einigung geführt haben. Dasselbe Datum hat bekanntlich die schwedische Arbeitgebervereinigung zu der von ihr beschlossenen Aussperrung gewählt, die wegen des Hasenarbeiterkonflikts veranlaßt werden soll. Am Sonntagabend hat nun der Hauptvorstand der Werkstättenvereinigung, die die Eisen- und Metallindustriellen umfaßt, ebenfalls beschlossen, am 20. Juli eine Generalaussperrung zu veranstalten, falls bis zum 18. Juli die Sperren, die über einzelne Betriebe verhängt sind, nicht aufgehoben werden. Zu diesen drei schwedischen Unternehmerorganisationen kommt die dänische Arbeitgebervereinigung, die am Sonntagabend beschlossen hat, sämtliche Mitglieder des dänischen Tischlerverbandes, soweit sie bei Mitgliedern des Eisenindustriellenverbandes in Arbeit stehen, auszusperrern, und zwar am 20. Juli. Grund dieser Aussperrung ist, daß die Tischler in vier Maschinenfabriken zu Odense und Aarhus streikten, weil sie nicht für geringeren Lohn arbeiten wollen, als ihre Kollegen bei den selbständigen Tischlermeistern. —

Die Lithographen von Kopenhagen haben am Sonntagabend die Arbeit eingestellt. Sie kämpfen um den Achtstundentag, der für die Chemigraphen schon besteht und im Buchdruckgewerbe 1910 eingeführt wird. Im Steindruckgewerbe haben die Prinzipale der Forberung hartnäckigen Widerstand entgegengesetzt, und lange Verhandlungen sind erfolglos geblieben.

Was ist daran?

Das offiziöse Wolffsche Bureau meldet aus Raimö, daß in der Nacht zum Montag gegen das Logischiff „Almathea“, auf dem gegen 80 englische Hasenarbeiter untergebracht sind, ein Anschlag verübt wurde. Von einem Unbekannten, der an das Schiff heranrückte, wurde in eine Lufe eine Bombe gelegt, die kurz nach Abfahrt des Bootes explodierte. Von den englischen Arbeitern ist einer getötet, sieben sind verwundet worden. Die Polizei hat eine Belohnung von 1000 Kronen für die Ergreifung des Täters ausgesetzt. Die Verwundeten befinden sich sämtlich außer Gefahr. Die Beschädigung des Schiffes ist unbedeutend. — Sollte es sich bei der ganzen Sache nicht um einen von den ungeschickten Arbeitswilligen verursachten Unfall handeln, der gegen die Streikenden ausgebeutet werden soll? Was für Ladung hatte das angebliche Logischiff?

Sämtliche Bedienstete der Pariser Lokalschiffahrtsgesellschaft sind in den Ausstand getreten.

Die Verkündigung der Bauarbeiteraussperrung in Paris hat dort großes Aufsehen erregt. Die syndizierten Arbeiter werden verurteilt, die nicht syndizierten, welche der Aussperrung nicht unterworfen sind, zu veranlassen, gemeinschaftliche Sache mit den Ausgesperrten zu machen. Die Polizei nimmt bereits Stellung gegen die Arbeiter. Die Hauptverhältnisse werden von Polizei- und Gendarmereibeamten scharf bewacht.

Die italienischen Eisenbahner haben am Sonntag in verschiedenen Städten Versammlungen abgehalten, worin sie neuerdings die Uebernahme der Eisenbahn durch Eisenbahngesellschaften befürworteten. In dem Referendum, welches über die Frage der Verlegung des Sitzes ihres Syndikats von Rom nach Mailand beschlossen wurde, stimmten 25 000 für Mailand und nur 3000 für Rom. Dies ist ein Sieg der Syndikalisten gegenüber den Reformisten.

Gerichts-Zeitung.

Dorfkrieg aus Anlaß der Reichstagswahl.

Wegen Verleumdung des Bürgermeisters von Orscholz und anderer Straftaten sind am 30. März vom Landgericht Trier verurteilt worden, der Schuhmacher Jakob Reissus zu drei Monaten

Gefängnis, die Mitangeklagte Katharina Rupp zu 100 Mark Geldstrafe, die Angeklagten Weder und Ding zu je 50 Mark Geldstrafe, der Angeklagte Ohlinger zu zwei Monaten und der Angeklagte Kemmel zu einer Gesamtstrafe von einem Monat Gefängnis. Bei der Agitation für die Reichstagswahl im Januar 1907, führt das Urteil aus, fanden sich in Orscholz das Zentrum und die National-katholiken scharf gegenüber. Der Pfarrer Reine warb für den Geheimrat Roeren, der Ortsvorsteher Sauerwald dagegen für den Kandidaten der Nationalkatholiken, Faxner und Ortsvorsteher, die früher in gutem Einvernehmen standen, kamen dadurch in Konflikt. Einem Konfrater, der bei Sauerwald nützlich wollte, rief Pfarrer Reine davon ab, weil S. gegen die Kirche gearbeitet habe. Dem Pfarrer Reine wurde schließlich wegen seines Verhaltens in dieser Angelegenheit von der Regierung die Ortschulaufsicht und der Religionsunterricht entzogen. Am Sonntag, den 6. Oktober 1907, setzte er während des Hochamts von der Kanzel herab seine Parteingefessenen von dieser Verfügung in Kenntnis und gebrauchte dabei Worte, welche die Gläubigen gegen den Ortsvorsteher aufreizten. Die Folge davon war ein allgemeines Vorgehen gegen den Ortsvorsteher. Der Angeklagte Ohlinger spukte öffentlich vor ihm aus, wofür er von jenem einen Stockhieb erhielt. Das Verfahren gegen den Ortsvorsteher wegen dieses Schlags wurde eingestellt, weil er in Rottweil gehandelt hat. Sauerwald war nebenbei Präsident des Kriegervereins. Der Angeklagte Kemmel als Mitglied wollte sich einen solchen Präsidenten nicht mehr gefallen lassen und agitierte für seine Abhebung, wobei er den Ortsvorsteher Lump und Spitzdube schimpfte. Reissus hat bezüglich der Lehrerin M., die auf Sauerwalds Seite stand, gerufen: „Wirst sie doch mit Steinen tot!“ Als Fräulein M. sich schnell entfernte, rief er ihr Schimpfworte nach. Die Angeklagte Rupp hat zwei Schriftstücke verfaßt, in welchen sich die Jungfrauen und Frauen von Orscholz gegen den Ortsvorsteher äußerten. Darin sprach sie von der tiefsten Entrüstung, welche durch die Verleumdungen des Ortsvorstehers gegen den Pastor hervorgerufen worden sei. Diese Schriftstücke wurden von den Angeklagten Weder und Ding im Dorfe umhergetragen und zu jedermanns Kenntnis gebracht.

Gegen das, diesen Tatbestand erzählende Urteil hatten die Angeklagten Revision eingelegt. Die Angeklagte Rupp hatte sie jedoch vor der Verhandlung zurückgezogen. In der Sitzung des fünften Strafsenats des Reichsgerichts am Sonntagabend beantragte der Oberreichsanwalt in der Hauptsache die Verwerfung des Rechtsmittels. Das Reichsgericht hob aber das Urteil auf, soweit es gegen die Angeklagten Rupp, Weder, Ding und Kemmel (bezüglich des ersten Falls und die Gesamtstrafe) ergangen ist. Verworfen wurde die Revision des Angeklagten Reissus, der wegen Verleumdung verurteilt ist, und des Angeklagten Ohlinger. Das Urteil gegen die Rupp wußte wegen des Zusammenhangs aufgehoben werden. Die Aufhebung erfolgte, weil in der Anwendung des Wortes Verleumdung eine Beleidigung formeller Natur erblickt worden ist. Wenn die Angeklagten dem Ortsvorsteher nachsagen wollten, daß er wider besseres Wissen unwahre Behauptungen verbreitet habe, so hätten sie sich des Wortes selbst hierfür gebrauchten Wortes bedienen können. Zu prüfen wird aber noch sein, ob nicht aus den Eigenschaftswörtern entsetzlich und schauer, welche dem Worte Verleumdung vorgelegt waren, die Absicht der Beleidigung herzuleiten ist.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Hat Philii renommiert?

München, 13. Juli. (Abgeordneten-Kammer.) In der Debatte über die Frage der Elektrizitätsanlagen wurde von mehreren Rednern auch die angebliche Erklärung des Fürsten Eulenburg berührt. Ministerpräsident Freiherr v. Rodewils erklärte, keine deutsche Regierung könne einem deutschen Gesandten an einem deutschen Hofe eine Instruktion geben, wie sie Fürst Eulenburg behauptet habe; wenn der Gesandte sie sich selbst gebe, handle er gegen seine Instruktion und mache sich eines Disziplinarvergehens schuldig.

Streikrüstungen in Frankreich.

Montpellier, 13. Juli. (B. G.) Die landwirtschaftlichen Arbeiter des Bezirkes Bégiers haben im Prinzip beschlossen, den Ausstand zu proklamieren, da die Vorschläge der Landwirte unbefriedigend sind. Nur das Datum des Beginns des Ausstandes bleibt noch festzusetzen.

St. Etienne, 13. Juli. (B. G.) Die Bergarbeiter des Loirebeckens haben in ihrer gestrigen Versammlung eine Tagesordnung angenommen, worin sie das Angebot der Grubenbesitzer als unzureichend erklären. Sie beauftragten ihre Delegierten, die Verhandlungen fortzusetzen, und beschloßen, ein Referendum zu veranstalten über die Frage des Ausstandes, welcher proklamiert werden soll für den Fall, daß alle anderen Mittel, eine Verständigung herbeizuführen, scheitern sollten.

Bergmannstod.

Lille, 13. Juli. (B. G.) In dem Schacht Nr. 3 der Grube „Brouah“ sind gestern zwei Arbeiter erschlagen worden. Nach mehrstündigem Arbeiten erst konnten die Leichen geborgen werden.

Seemannstod.

Santander, 13. Juli. (B. G.) Bei heftigem Sturm strandeten gestern an der kantabrischen Küste zwei Boote, wobei dreizehn Seeleute ertranken. Mehrere andere Boote werden vermisst.

Meuterei.

Triest, 13. Juli. (B. G.) Wie der „Piccolo“ meldet, ist auf dem österreichischen Dampfer „Columbia“, welcher sich auf der Fahrt von New York nach Triest befindet, eine Meuterei ausgebrochen, so daß der Kapitän gezwungen war, den Dampfer in Gibraltar landen zu lassen und fünf Meuterer dem dortigen österreichisch-ungarischen Generalkonsul zu übergeben.

Erdbeben.

Catania, 13. Juli. (B. G.) Heftige Erdstöße sind am Fuße des Aetna verspürt worden, der Vulkan selbst ist gleichfalls in Tätigkeit getreten. Unter der Bedeckung herrscht große Panik.

Gewitter in Frankreich.

Paris, 13. Juli. (B. G.) Infolge schwerer Gewitter, die gestern abend und heute nacht niedergingen, sind die telegraphischen und telephonischen Verbindungen mit dem Auslande vielfach zerstückt.

Paris, 13. Juli. (B. G.) Aus Orient wird berichtet: Schwere Gewitter, welche gestern im Departement Morbihan niedergingen, verursachten den Tod von 10 Personen, während 20 verletzt wurden. Der Witz zündete an mehr als 20 Stellen. Der angerichtete Schaden ist sehr bedeutend.

Nitroglycerin.

Dijon, 13. Juli. (B. G.) Drei Kinder spielten gestern mit einer Flasche, als plötzlich eine furchtbare Explosion erfolgte, wodurch zwei der Kinder auf der Stelle getötet wurden, während das dritte Kind schwer verletzt dabeiliegte. Wie sich nachträglich herausgestellt hat, befand sich in der Flasche Nitroglycerin. Eine gerichtliche Untersuchung ist bereits eingeleitet worden, um festzustellen, auf welche Weise die Kinder in den Besitz der Flasche gelangt sind.

Eulenburg vor den Geschworenen.

Nach zweitägiger Pause wurde die Verhandlung gestern (am 12. Verhandlungstage) wieder aufgenommen. Der Angeklagte machte einen außergewöhnlich hingefälligen Eindruck. Als Landgerichtsdirektor Kanow die Sitzung eröffnete, fehlte beim Aufbruch der Zeugen niemand außer dem Grafen v. Woltke. Dagegen ist der Privatlehrer Hans Meyer aus München zur Stelle; er erklärte seine Verwunderung darüber, daß er aus der Zeitung habe erfahren müssen, er sei angeblich un-auffindbar gewesen. Es meldete sich der Darlehensvermittler Reibedanz, der in einer der Verteidigung am Freitag zugegangenen Karte gemeldet hatte, daß Nibel in einem hiesigen Café sich dahin geäußert habe: wenn der Fürst Eulenburg eine anständige Summe bezahlt hätte, würde er nicht gegen ihn ausgesagt haben. Nibel ist hierüber sehr ausgedrückt und erklärte auf dem Wandelgange ziemlich erregt, daß dies eine ganz haltlose Unterstellung und kein Wort davon wahr sei.

Neue Anschuldigungen.

Wie wir hören, hat der Angeklagte bei Beginn der Verhandlung erklärt: So lange ihm die Schmerzen nicht die Besinnung rauben, würde er mit seiner letzten Kraft seine Ehre und Unschuld verteidigen. Medizinalrat Dr. Hoffmann bestätigt, daß das rechte Bein wieder stark geschwollen ist, daß der Angeklagte heftige Schmerzen erleiden muß und die Kräfte der Charité ihm dringend abgeraten haben, an Gerichtsstelle zu erscheinen. — Der Zeuge Handelsmann Hermann Borchardt war früher Tischler in Liebenberg und behauptet, daß er einmal zufällig gesehen habe, daß Fürst Eulenburg vor seinem Leibjäger im Hund gestanden habe. Ein Diener Werthold habe ihm erzählt, daß er auf Reisen stets in demselben Zimmer wie der Fürst Eulenburg geschlafen habe. Der Angeklagte wies darauf hin, daß dies doch nicht auffallen könne, denn er sei sehr leidend gewesen und habe für den Fall, daß er in der Nacht Anfälle bekomme, seinen Leibdiener stets hinter einer spanischen Wand in seinem Zimmer schlafen lassen.

Der Leibjäger Wersch, der seit etwa 20 Jahren in Diensten des Angeklagten steht, behauptet, daß zwischen ihm und dem Fürsten nie etwas vorgefallen sei, daß er wegen des Leidens des Fürsten oft in dessen Zimmer habe schlafen müssen und daß der Fürst auch manchmal nur im Hund vor ihm gestanden habe, weil er ihm wegen seines göttlichen Leidens beim Anfechten habe behilflich sein müssen.

Der Zeuge Werthold war 1891 bis 1898 Diener bei dem Fürsten. Er soll ebenfalls erklärt haben, daß er sich nicht entfernt etwas Verhängliches dabei gedacht habe, daß er auf Reisen in demselben Zimmer mit dem Fürsten habe schlafen müssen. Sehr eingehend wurde darauf

Kriminalkommissar von Tressow

vernommen. Er ist vom Polizeipräsidenten von der Pflicht der Amtsverschwiegenheit entbunden. Er bearbeitet seit 15 Jahren das Ressort der in das Gebiet des § 175 fallenden Vergehen und der damit verbundenen Erpressungen. Er soll erklärt haben, daß er mancherlei über die sexuellen Reigungen des Fürsten Eulenburg gehört habe, aber es sei ihm nicht zu Ohren gekommen, daß er sich gegen § 175 vergangen habe. Die Gerüchte hätten sich zuerst des Wolke-Gardenprozesses verdichtet, so daß er vom Polizeipräsidenten den Auftrag erhalten, nach Liebenberg zu fahren, um mit dem Fürsten unter vier Augen Rücksprache zu nehmen. Der Fürst habe ihm dort das Ehrenwort gegeben, daß er sich nie gegen den § 175 vergangen, noch sonstiger homosexueller Handlungen schuldig gemacht habe. Der Zeuge soll weiter ausgefragt haben, er habe dem Fürsten vorgehalten, daß viel davon gesprochen werde, daß er in Wien als Gastwirt in eine häßliche Erpresseraffäre verwickelt gewesen sei und er, obwohl in Vorkasthotel selbst eine Badeeinrichtung war, doch eine Badeanstalt aufgeführt habe, in welcher Homosexuelle zu verkehren pflegten. Der Angeklagte soll darauf erklärt haben: der Arzt habe ihm gewisse Räder angeordnet, die er nur dort habe nehmen können. Der Zeuge hat dem Fürsten vorgehalten, daß er nach unläufigen Gerüchten ja an einen Erpresser 60 000 Kronen bezahlt haben sollte. Der Fürst

habe ihm darauf geantwortet: er besitze gar nicht die Mittel, um einem gemeinen Erpresser eine solche hohe Summe zu geben. Der Zeuge hat nach seiner Befragung dem Fürsten ferner vorgehalten, daß es allgemeines Kopfschütteln erregt habe, daß er im Zentralhotel mit seinem Kammerdiener in einem Zimmer geschlafen habe. Der Fürst erklärte dies wie oben. Herr v. Tressow hat dem Fürsten auch vorgehalten, daß nach Gerüchten er auch in einer Badeanstalt in der Schönhauser Straße verkehrt und in

Beziehungen zum Grafen Lohng

gestanden haben soll. Der Angeklagte soll hierauf erwidert haben, daß viele Gerüchte, die über ihn in Umlauf gewesen sein sollen, sich wahrscheinlich auf einen anderen Mann seines Namens beziehen dürften.

Der Vorsitzende soll an den Angeklagten die Frage gerichtet haben, ob ihm etwa bekannt sei, daß der Zeuge Gerig homosexuelle Reigungen habe. Es sei doch immerhin auffällig, welche Karriere dieser gemacht habe. Vom Unteroffizier und Kasino-Ordnung bis zum Mentanten und Amtsvorsteher sei doch ein weiter Weg. — Der Angeklagte soll erklärt haben: ihm sei von solchen Reigungen des Gerig nichts bekannt. Oberstaatsanwalt Dr. Jsenbiel soll darauf Herrn v. Tressow daran erinnern haben, daß dieser ihm selbst erzählt habe: in hiesigen homosexuellen Kreisen sei Herr Gerig als „der schöne Gerig“ bekannt. Zeuge v. Tressow konnte sich nicht einer derartigen Mitteilung erinnern. Er soll weiter behauptet haben, daß er vom Polizeipräsidenten seinerzeit den Auftrag erhalten habe, über Gerig nähere Auskunft einzuholen. Es war dies zu einer Zeit, als Graf Eulenburg den Zeugen Gerig zum Posten des Amtsvorstehers und zu einer Ordensdekorationsvorlage habe. Mit dieser Erlaubnis sei der Kriminalkommissar Riege beauftragt gewesen und dieser soll den Spitznamen „Der schöne Gerig“ in Erfahrung gebracht haben. — Der Angeklagte erklärte hierzu, daß es üblich war, wenn Seine Majestät nach Liebenberg gekommen war, bewährte Beamte zur Auszeichnung vorgeschlagen wurden. Gerig habe das allgemeine Ehrenzeichen erhalten und dies sei nichts Auffälliges.

Der Oberstaatsanwalt Dr. Jsenbiel soll, wie verlautet, zweiter an den Zeugen v. Tressow die Frage gerichtet haben, ob ihm vielleicht bekannt sei, daß bei dem Frieur v. der, wie fälschlich zur Sprache kam, vom Angeklagten 5000 R. als Darlehen erhalten hatte, viele Homosexuelle verkehrt haben, u. a. auch Graf Hohenau? Da Herr v. Tressow hierüber nichts weiß, soll er beauftragt worden sein, nach dieser Richtung nähere Erkundigungen einzuziehen. Eine Frage des Landgerichtsdirektors Kanow ging dahin, ob es vorkomme, daß die nächsten Angehörigen eines Homosexuellen von dessen Reigungen nichts wissen. Herr v. Tressow soll diese Frage bejaht haben.

Ernst und Nibel.

Auf eine weitere Bemerkung wurde erwähnt, daß der Hofschauspieler Arndt vor wenigen Tagen im Gerichtsgebäude erschienen sei und mehreren Vertretern der Presse Mitteilungen über den Zeugen Ernst gemacht habe. Danach soll Ernst im Gespräch Herrn Arndt gesagt haben: wenn der Fürst eine größere Summe geopfert hätte, würde er ihn nicht verraten haben. Ueber diese Äußerung des Hofschauspielers Arndt wurde Dr. Georg Rode vom „Volksanzeiger“ als Zeuge vernommen. Er soll bestätigt haben, daß Herr Arndt derartiges gesagt hat. Nach dem Eindruck befragt, den Nibel auf ihn gemacht, soll der Zeuge gesagt haben: Nibel sei schwachhaft und übertrieben offenbar gern, in der Hauptsache mache er aber einen glaubwürdigen Eindruck.

Ueber denselben Gegenstand wurde auch der Journalist Fischer vom „Berliner Tageblatt“ vernommen. Da diese beiden Herren nun als vernommene Zeugen das Recht haben, im Saale zu verweilen, so wird hiermit das Prinzip der Verhandlung hinter verschlossenen Türen selbstverständlich durchbrochen sein und es wäre wohl angebracht, die Frage zu erwägen, ob der gesamten übrigen Berliner Presse nicht auch die Möglichkeit gegeben werden sollte, anstatt nach dem Hörsaal nun in gleicher Weise nach den persönlichen Wahrnehmungen im Saale zu berichten.

Es wurde beschlossen, Herrn Hofschauspieler Arndt sofort herbeizuholen und als Zeugen zu vernehmen. — Zeuge Kriminalkommissar Tiede soll ausgefragt haben, daß

gehörige anderer Frauen und Greise sind zum Teil mit Gewalt auf das Schiff gebracht worden, das den Namen unseres Stückes führt. Vängst ist es überfällig; die Frauen und Greise harrten unisono der Wiederkehr ihrer Lieben. Endlich wird ein Holzstiel des Schiffes aus Land geschwennt. Aber die Dinge gehen weiter wie bisher, und Vos läßt sogar die alte Krierte wieder zum Segeln kommen.

Der Text des Stückes ist nicht nur in ungebundener Rede gehalten, sondern ganz der Alltagsprache angepaßt. Walter Ehrenberg hat in seiner „revidierten deutschen Uebersetzung“ nichts hinzugefügt, was den alten Operngewohnheiten entgegenkommt. So wird die Komposition zu einem einzigen großen Regitair und scheint sich nicht vor der Vertonung trialistischer Sätze. Eine solche Prosa-Oper dürfte bisher nicht vorgekommen sein, während Projaltril wenigstens in früherer Zeit musikalisch nicht selten war. Auch M. Wagner verlor nur Verse und gelangt höchstens ausnahmsweise zu naturalistischen Wendungen wie „Gutruum, Dir ist süß!“

Ein derartiges Neues, vergleichbar dem, womit im 18. Jahrhundert Lessing u. a. das Schauspiel bereichert haben, verdient alle Aufmerksamkeit, auch wenn der Komponist bei seinem „Musikdrama“ sonst nicht viel einzulegen hat und wenn auch beileibe nicht geglaubt werden darf, daß jetzt das einzig Richtige gefunden sei. Charles Grelinger erfreut uns vor allem durch das, was seine Komposition nicht enthält. Sie vermeidet alles äußerliche Effektweisen auch in den gut verwendeten Klangfarben und dient in hingebender Weise der Dichtung. Dichter gestimmt, unheilverklünder, oft ausdauernd aufgeregter, strebt sie doch auch nach lyrischen und selbst heiteren Erhebungen, weicht sogar kleinen Ensembles nicht aus. Allein da verrät sich doch ein Mangel an großer Erfindung und manches wirkt deplatziert, einschließlich einiger bloß gesprochener Worte.

Eine solche Operngattung ist allerdings für den Hörer nicht leicht. Nur wenn die Sänger aufs deutlichste ansprechen, das Orchester sich zurückhält oder tief genug gelegt ist und die Hörer den Gesamteindruck vorher kennen, sich etwa auch den billigen „Musikführer mit Notenbeispielen“ (20 Pf.) zulegen; nur dann werden sie ganz zurecht kommen. Und außerdem wird hier Opernsängern zugemutet, was ihnen meist am schwersten ist: durchgearbeitete mimische Leistungen. Damit war es bei der Auf-führung nicht am besten bestellt. Gesungen wurde im allgemeinen besser. Wir können die zahlreich und anspruchsvoll beschäftigten Künstler nicht aufzählen. Die Träger der Hauptrollen empfehlen sich selbst; vielleicht ist der tüchtigste Gesang von Margarete Lensch in einer Nebenrolle hervorzuheben. Der Komponist dirigierte selber und hob das Orchester auf eine bemerkenswerte Höhe. Ueberhaupt war die gesamte Leistung, unter Regie von Robert Löffler, sozusagen eine Ehrengabe der ganz auf sich selbst gestellten Operntroupe an die Kunst und an uns, wert einer noch größeren Anerkennung, als sie das erste Mal fand. sz.

Humor und Satire.

Eine Stimme aus Nordney. Deutschlands Zukunft auf dem Wasser? Möglich! Doch was geht's mich an? Seine Reider, seine Gasser

umgingen, nach denen vor zehn bis zwölf Jahren der damalige Graf Eulenburg mehrfach Badegast in der Bodegesehen Badeanstalt in der Schönhauserstraße gewesen ist. Dort sollen Homosexuelle verkehrt haben. Der Besitzer dieser Badeanstalt ist gestorben. Zeuge Tiede hat nun das Haus des Bruders dieses Bodegs, des Waffens R. wochenlang oberwacht, da Gerüchte umgingen, daß der Angeklagte auch dort verkehre. Die Beobachtungen haben aber ein negatives Resultat gehabt. Auf Befragen soll Zeuge Tiede bestätigt haben, daß bei seinen Erkundigungen nach Gerig bei Gelegenheit der Ernennung zum Amtsvorsteher usw. ihm mitgeteilt worden sei: dieser sei in homosexuellen Kreisen nicht unbekannt.

Vernommen wurde sodann der Zeuge Heinrich Lange, der früher 8 Jahre Diener bei dem Grafen Woltke war und jetzt Kassendirektor bei der Diskontogesellschaft. Er soll zu dem Rechercheur Ahrens, der im Auftrage des Herrn Harden in dieser Sache Recherchen angestellt hat, früher einmal gesagt haben, der Graf Woltke habe über den Fürsten Eulenburg eine abfällige Bemerkung gemacht dahin: in Liebenberg sei die Sache nicht geheuer. — Zeuge Lange bestreitet dies, der vernommene Zeuge Ahrens behauptete es aber. — Auf Befragen des Verteidigers erklärte der Zeuge Lange noch, daß in den

Briefe des Angeklagten

an den Fürsten Eulenburg Versängliches nicht enthalten sein könne, denn die Briefe hätten ganz offen dargelegt und hätten auch von ihm gelesen werden können. — Der nun an Gerichtsstelle erscheinende Hofschauspieler Wilhelm Arndt vom hiesigen königlichen Schauspielhaus soll zunächst vom Vorsitzenden befragt worden sein, welches Interesse ihn denn in das Kriminalgerichtsgebäude geführt habe. Der Zeuge soll sich dahin geäußert haben: In erster Linie habe ihn das rein menschliche Interesse und das Mitgefühl für den Fürsten hergeführt, der an seinem Lebensabend durch einen unerforschlichen Natidahl Gottes in diese furchtbare Situation hineingekommen sei. Dann sei ihm der Ton auf den Tod zuwider gewesen, den ein Teil der Presse angeschlagen habe und er wollte sehen, was die Presse zu diesem beispiellosen Fall gegen den Fürsten geführt habe. Bei seinem Aufenthalt vor dem Gerichtssaal habe er den Ernst beobachtet und sei schließlich mit ihm ins Gespräch gekommen. Dieser wäre ihm, da er sich der oberbairischen Mundart bedient habe, mit größerem Vertrauen entgegengekommen und habe ihm unter anderem auf Nibel deutend gesagt: Der hat mich 'neingebracht. Bei der Feststellung des Wortlauts der Englischen Äußerung — bei welcher die Summe von 100 000 R. eine Rolle spielt — soll Zeuge Arndt die Möglichkeit zugegeben haben, daß Ernst auch gesagt haben könne: Wenn mich Nibel nicht hineingebracht hätte, hätte ich den Fürsten nicht für 100 000 R. verraten. — Auf eine Frage des Vorsitzenden, die er dem Zeugen mit dem Ausdruck des Bedauerns vorlegte, lehnte dieser jeden Gedanken, daß er selbst etwa homosexuell sein könnte, mit größter Entschiedenheit ab. Zeuge Arndt berief sich übrigens auch noch auf einen jungen Juristen, der bei der Äußerung des Ernst mitangehört und der Ansicht gewesen sei, daß die Äußerung in expressivem Sinne zu deuten sei. — Justizrat Bernstein soll sich hierbei erhoben und seine Ansicht dahin ausgedrückt haben, daß Ernst scharf durch den bayerischen Dialekt des Herrn Arndt besonders vertraulich angeragt sein dürfte, denn, wie er an den hier im Dialekt gesprochenen Äußerungen des Zeugen gehört habe, spreche dieser doch nur den Bühnendialekt. — Der bei dieser Zeugenaussage in den Saal geworfene Dr. Wagnus Hirschfeld gab auf Befragen eine ganz kurze Antwort. Er wurde vereidigt, soll aber im übrigen erst Dienstag vernommen werden.

Kriminalkommissar Dr. Rupp

beardet seit fünf Jahren in Gemeinschaft mit dem Kriminalkommissar v. Tressow das hier fragliche Delikt. Er behauptet als Zeuge, daß ihm Tatsachen über eine homosexuelle Betätigung des Angeklagten nicht bekannt geworden seien. Bekannt sei ihm aber, daß der Angeklagte in dem Ruße eines Homosexuellen gestanden habe. — Oberstaatsanwalt Dr. Jsenbiel fragte auch den Kriminalkommissar Dr. Rupp, ob ihm bekannt sei, daß in dem schon genannten Preiurgeschäft in der Wehrensstraße homosexuelle Personen, wie Graf Hohenau, Graf Lhmar, Graf Edgar v. Wedel verkehrten. Der Zeuge soll bestätigt haben, daß neben Leuten,

Hat ein jeder brave Mann. Soll ich wie ein Hündlein bellen, Weil der andre mich genarrt? Reim! Vergnügt auf blauen Wellen Schwimme Deutschlands Gegenwart!

No, im feuchten Elemente Träller' ich mein Ego-Lala, Weiß' ich auf die Parlamente Wie der große Perferschab. Kreuzfidel in Tang und Algen Auf ich: „Springt mir über'n Stod!“ Wozu brauch' ich einen Galgen? Liegen doch die Kerls im Vlod! Wie sie winkeln! Wie sie kuscheln! Wunder wirkt das rote Tuch. Soldat, das heißt Vertuschen; Väckmann ist ein gutes Buch. Wollen kundige Thebaner Mit uns spielen Kay' und Maus, Wozu sind wir Afrikaner? Spielen wir den Vogel Strauß! (Edgar Steiger im „Simplicissimus“.)

Notizen.

— Leo Berg, einer der wenigen Berliner Literaturkritiker, der sich die Unabhängigkeit und Rücksichtslosigkeit der Sturm- und Drangjahre bewahrt hatte, ist 46 Jahre alt in Charlottenburg an einem Herzschlag gestorben. Berg stürzte tiefer wie die schaum-bereitenden Salber und wehrschäfernden Literaturpropheten, und wenn er im Aufdecken von Zusammenhängen irre ging, so war doch sein Streben rein und ehrlich. Mit der literarischen Revolution, die Ende der achtziger Jahre unter dem Banner des Naturalismus einsetzte, ist Bergs Name mannigfach verknüpft. Als Wegbereiter Ibhens und Vorkämpfer des Individualismus, als Analytiker des Naturalismus und besonders des naturalistischen Romans, als Psychologe des Nebermenschen in der Literatur hat er manche beachtenswerte Schrift, manchen scharf zugreifenden Essay beigeleitet. In die Hintergründe der Literaturmacherei hat er hineingeleuchtet. Seine Reizge und Ibhens galt seine letzte eben erst erschienene Gfahsammlung, in ihnen sah er die drei wichtigsten Vertreter des Individualismus. Man kann mit ebenso viel und mehr Recht alle drei als Sozialkritiker ansprechen und da kommt man auf den Grundmangel Bergscher Kritik: sie überließ geflissentlich die wirtschaftliche und soziale Bedingtheit von Kunst und Literatur.

— Die Drahtstation am Bodensee, die mit Subvention des Reiches und süddeutscher Staaten der wissenschaftlichen und praktischen Wetterkunde dienen soll, wurde am Sonntagabend eröffnet.

— Die große Zepelin-Fahrt von 24 Stunden Dauer, die als Prüfung vor der Uebernahme seines Ballons in Reichsbesitz stattzufinden hat, soll am Dienstag, den 14. Juli, vor sich gehen. Sie wird vom Bodensee den Oberrhein entlang bis Basel und dann über Straßburg und Mannheim nach Mainz gehen, die Rückfahrt wird eine andere Route einschlagen.

Kleines feuilleton.

Eine Versammlung bei Lampenbeleuchtung. Aus Paris schreibt man uns: Die Pariser Gewerkschaftler haben für ein gehässiges Versammlungsverbot auf eine lustige Art Rache genommen. Am Mittwochabend wollten sie in der Arbeitsbörse über das Verhalten der Arbeiterkassette bei einem neuen Arbeitermord beraten. Aber der Seine-Präsident verweigerte die Ueberlassung des großen Saales, mit dem Vorwand, daß die Arbeitsbörse nur für „korporative“ Zwecke da sei. Die Gewerkschaftler ließen sich weder abschrecken noch provozieren. Als am Abend die Polizisten das Gebäude umringten, deren großes Tor gesperrt worden war, fanden sie nichts zu tun. Keine Massenansammlung — nur einzeln und in ganz kleinen Gruppen betreten Arbeiter durch einen Neben-eingang das Gebäude. Man kann ihnen den Eintritt nicht wehren. Sie haben auf den Bureaus ihrer Gewerkschaft zu tun und weisen sich durch ihre Mitgliedskarte aus. Die große Versammlungshalle, der mit einem Glasdach versehene Hof, auf den die Fenster der Gewerkschaftsbureaus gehen, liegt im tiefsten Dunkel. Es ist 9 Uhr. Plötzlich ertönt eine Stimme: „Pataud! Sende uns Licht!“ Pataud ist nämlich Sekretär der Elektrizitätsarbeiter. Und wie mit einem Zauberschlag fällt dumpfes Licht in den Raum. Es sind allerdings keine elektrischen Lampen, sondern bunte Lampions, die ihren Schein in die Finsternis werfen. Bald leuchten ihrer hundert in allen oberen Stockwerken. An einem Fenster des fünften aber wird Pataud sichtbar. Er schwingt eine Glocke und ruft: „Die Versammlung ist eröffnet, ich bitte um die Wahl eines Vorsitzenden.“ Mit Aklamation — aus verschiedenen Etagen — wird Bouquet von den Nahrungsgewerben gewählt. Er dankt und sagt einen Satz hinzu, der in etwas mildere Uebersehung lautet: „Wir können auf den Präsidenten nicht besser pfeifen.“ Und die Versammlung geht ganz ordentlich konstatieren, wenigstens die Anmeldung der Redner bei dem im dritten Stock thronenden Vorsitzenden manchmal einige Schwierigkeiten macht. Ein Redner löst den andern ab und wenn sie begreiflicherweise nicht alle „auf gleicher Höhe“ sind, so sind sie doch in dem fröhlichen Bewußtsein eins, daß sie Herrn Clemenceau und seine Leute am meisten haben „steigen“ lassen. Um 11 Uhr nehmen die 1500 bei den Fenstern, auf den Gesimsen und Wittern stehenden, stehenden und hockenden Versammlungsteilnehmer einstimmig eine Resolution an, die für den Fall eines neuen Arbeitermordes einen 24- oder 48stündigen Generalstreik ankündigt und treten stillvergnügt, an den umsonst herbeimühten Organen der bekümmerten hohen Obrigkeit vorbei, den Heimweg an.

Musik.

Die Moritz-Oper hat am Sonnabend ein neues Werk als wirkliche „Uraufführung“ herausgebracht. Ein Werk, das jedenfalls in der geschichtlichen Entwicklung der dramatischen Musik mit- aufgeführt Schauspielbesucher erinnern sich des in Berlin erfolgreich aufgeführten Schauspiels „Die Hoffnung auf Segen“ von Hermann Heijermans. Ein Segenwärtersdrama aus einem Fischerdorf. Der Redner Clemens Vos sendet seine morchen Schiffe in den sicheren Untergang, um die Versicherungssumme einzusteken zu können. Die zwei Söhne der Witwe Anterje sowie junge An-

die über jeden Verdacht erhaben sind, auch homosexuelle Personen vornehmen Standes, verkehren, die der Polizei bekannt seien. Auf eine Frage vom Verteidiger, woher denn die Gerichte über den Fürsten Eulenburg herrührten, erklärte der Zeuge, eine bestimmte Antwort nicht geben zu können. Jedenfalls hätten solche Gerichte bestanden.

Ein Leumundszeuge,

Baron von Wendelsiedt-Neubauern soll, dem Vernehmen nach, eine sehr leichte Abnormität bei sich konstatieren können, die er aber stets zurückdrängen wisse. Mit aller Entschiedenheit lehnte er Verleumdungen im Sinne des § 175 ab. Wichtig sei es, daß er mit einem ehemaligen Diener des Grafen Eulenburg, Namens Steinhauer, eine Reise um die Welt gemacht habe. Er kenne den Angeklagten seit 1882, sei mit ihm seit vielen Jahren befreundet und habe sich mit ihm. Auf eine Frage des Vorsitzenden soll der Zeuge erklärt haben: er habe nie eine Wahrnehmung gemacht, daß Fürst Eulenburg homosexuell veranlagt sei. Er wisse, daß letzterer mit Longay und Leconte befreundet gewesen, von irgend einem intimen Verkehr mit diesen sei ihm aber nichts bekannt. Es sei ihm nicht aufgefallen, daß der Angeklagte gewisse Personen sehr schnell zu befördern verstand. Auf eine weitere Frage soll er erklärt haben, daß er bestimmte Gerüchte über den Angeklagten nicht gehört habe, höchstens habe man manchmal mit der Äußerung geredet. — Es wurde sodann der

Privatlehrer Hans Meyer

aus München als Zeuge vernommen. Der Grund zur Vernehmung dieses Zeugen liegt in folgendem: Es wurde behauptet, daß der Fürst nur immer wohlthätig gegen solche Leute war, zu denen er in näheren Beziehungen gestanden. Nun hat die Verteidigung diesen Zeugen geladen, um zu beweisen, daß der Fürst auch anderen Personen Wohlthaten erwiesen habe. Der Zeuge war von 1897—1904 als Hauslehrer im Hause des Fürsten und ist mit einer Pension von monatlich 100 M. verabschiedet worden. Außerdem hat er vom Angeklagten und dessen Sohn Siegwart noch mehrere Darlehen bekommen, als er sich in schlechten Vermögensverhältnissen befand. Er soll ausgelegt haben, daß er nie von homosexuellen Neigungen des Fürsten gehört habe.

Der Klatsch über Riedel.

Als letzter Zeuge wurde gestern noch der Kaufmann Georg Riedel vernommen. Er erklärte, er habe von einer zweifelhaften Dame gehört, daß Riedel zu ihr gedupelt habe: Wenn ich mehr Geld vom Fürsten bekommen hätte, hätte ich anders ausgelegt. — Die betreffende junge Dame soll geladen werden. Riedel sollte hierüber vernommen werden, war aber beim Aufruf nicht anwesend.

Morgen sollen 14, übermorgen 7 Zeugen vernommen werden, so daß Aussicht vorhanden sein soll, daß der Prozeß noch in dieser Woche zu Ende gehen kann.

Nachträglich erfährt man noch aus der Vernehmung des Kriminalkommissars v. Zesdow: Der verstorbene Polizeidirektor v. Weerscheidt-Hällesheim habe drei Pakete mit Briefschaften hinterlassen, von denen eins dem Kaiser ausgereicht werden sollte, das zweite dem Polizeipräsidenten v. Windheim und das dritte dem Zeugen v. Zesdow selbst. Auf einer Karte, die sich unter diesen Briefschaften befand, habe gestanden: Fürst Eulenburg ist in Wien bekannt als homosexueller, er verkehrt hier in Berlin bei Vobbege in der Schönhauser Straße, steht auch in Beziehungen zu Longay.

16. Verbandstag des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen.

München, 11. Juli.

Die Debatte über die Anträge auf Aenderung der Statuten wurde am letzten Verhandlungstage fortgesetzt. Beschlossen wurde, den § 43a zu streichen und an dessen Stelle folgenden § 43 zu setzen: „Drohen in einem Bezirk größere Differenzen, so kann nach Einverständnis mit dem Verbandsvorstand eine Bezirkskonferenz einberufen werden. — Konferenzen mit den Bezirksleitern hält der Verbandsvorstand nach Bedarf.“ — Ein Antrag Hannover, die Diäten auf 8 und 4 M. herabzusetzen, wurde von dem Antragsteller zurückgezogen mit der Erklärung, daß er sich nun in München überzeugt habe, daß damit nicht auszukommen sei. (Große Heiterkeit.)

Ein Antrag von Frankfurt, Stuttgart, Nürnberg, Jülich, Hamm, Weimar, Frankenthal, Witten, Hannover: den Verbandstag alle drei Jahre abzuhalten, wurde abgelehnt. Ein Antrag des Hauptvorstandes, daß auf 800 Mitglieder ein Delegierter treffen soll, wurde ebenfalls abgelehnt, ein Antrag Hamburg, auf 500 Mitglieder einen Delegierten, bis zu 1500 Mitglieder zwei und auf jedes weitere 1000 Mitglieder einen Delegierten zu entsenden, wurde angenommen. Ein Antrag, den Titel des Verbandes abzuändern in: Organ des Zentralverbandes der Brauerei- und Brennerarbeiten und verwandten Berufsgenossen, wurde abgelehnt. Einzelne Delegierte bringen dabei Klagen, wie sie fast auf jeder Generalversammlung laut werden, vor über die Kürzung von Verträgen usw. Alle weiteren Anträge auf Vergrößerung des Verbandes wurden nach einigen Ausführungen des Redakteurs zurückgezogen.

Der nächste Verbandstag findet in Berlin statt. Hierauf erstattete Wittich, Frankfurt den Bericht der Sachprüfungskommission. Die Kommission habe die vorliegenden Anträge genau geprüft und empfehle aus praktischen Gründen, von der Einführung von drei Staffeln in der Beitragszahlung abzusehen. Die Kommission habe sich auf zwei Staffeln geeinigt. Der § 5 lautet nach den Vorschlägen der Kommission wie folgt:

Der Beitrag beträgt für männliche Mitglieder bei einem Wochenlohn unter 18 M. (ausschließlich des Hauszins) und für weibliche Mitglieder 30 Pf. pro Woche, für Mitglieder mit 18 M. und darüber 50 Pf. pro Woche. Kost und Logis bei dem Arbeitgeber wird mit 12 M. pro Woche berechnet. Mitglieder der unteren Beitragsstufe ist es gestattet, in der höheren Beitragsstufe zu zahlen. Entsprechend diesen Sätzen wurden auch die Leistungen des Verbandes erhöht.

Zu § 17 ist hinter Mitglieder einzufügen: Wöchnerinnen gelten als kranke Mitglieder, dieselben treten vom Tag der Niederkunft in die Ruhnächung der Krankenunterstützung (ohne Krankengeld) ein. Die Streikunterstützung soll, soweit es die jeweiligen Klassenverhältnisse gestatten, in der Regel betragen: Vom Tage nach der Arbeitsniederlegung an wird pro Tag inklusive Sonntag gezahlt: a) für Mitglieder der höheren Beitragsstufe 2 M., für die Frau 30 Pf. und für jedes Kind bis zu 14 Jahren 15 Pf. bis zu 6 Kindern; b) für weibliche und die in der niedrigeren Beitragsstufe zahlenden männlichen Mitglieder 1,20 M. und für jedes Kind 10 Pf. bis zu 5 Kindern.

Ueber den zuletzt bezogenen baren Arbeitslohn hinaus darf Streikunterstützung nicht bezahlt werden. Den unorganisierten Berufsgenossen kann bei Beteiligung an dem vom Verbandsvorstand genehmigten Streik Unterstützung bezahlt werden. Die Höhe derselben bestimmt der Verbandsvorstand.

§ 50, Abs. 1, soll heißen „4 Prozent“ statt 5 Prozent. Abs. 2 wird wie folgt abgeändert: „An denjenigen Orten, wo sich die Notwendigkeit ergibt, können auf Antrag der betreffenden Zahlstellen Lokalbeamte angestellt werden. Die Beamten werden vom Hauptvorstand im Einverständnis mit den Zahlstellenverwaltungen angestellt und aus der Hauptkasse befolgt.“

Abs. b ist zu streichen und dafür zu setzen: „Erhebungen von Lokalbeiträgen irgend welcher Art bedürfen der Genehmigung des Hauptvorstandes. Die Zahlstellen sind verpflichtet, bei jeder Quartalsabrechnung Einnahmen und Ausgaben sowie Klassenbestand der Lokalkasse anzugeben.“

Schließlich schlägt die Kommission folgende Resolution vor: Der Verbandsvorstand ist verpflichtet, die in den Zahlstellen

abgeschlossenen Verträge mit den Lokalbeamten zu übernehmen und analog den Verträgen mit den Bezirksbeamten abzuändern. Lokalkassen, welche in den einzelnen Städten notwendig erscheinen, werden im Einverständnis mit den Zahlstellenverwaltungen geregelt.

Ein Antrag, eine dritte Staffel einzuführen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt und schließlich die Vorschläge der Kommission einstimmig angenommen. — Das neue Statut tritt am 1. Oktober in Kraft.

In den Hauptvorstand wurden einstimmig gewählt: Ebel als Vorsitzender, als dessen Stellvertreter Pakert, als Kassierer Ragerl, als dessen Stellvertreter Wiedorf und als Redakteur Krieg.

Als Sitz des Ausschusses wurde Frankfurt bestimmt und als dessen Vorsitzender Kollege Wittich gewählt.

89 Delegierte stellten folgenden Antrag: Der Verband führt den Namen: Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen und hat seinen Sitz in Berlin.

Wittich hebt in seiner Begründung hervor, daß der Antrag nicht gestellt wurde aus Unwissenheit gegen die Hannoveraner Kollegen, sondern aus Zweckmäßigkeitsgründen. Die Generalversammlung sowie der größte Teil der Gewerkschaften haben ihren Sitz in Berlin und die ganzen Fäden der Arbeiterbewegung laufen hier zusammen.

Die Kollegen Tröger und Richter-Berlin bitten diesen Antrag als verfrüht abzulehnen. Der Antrag wurde jedoch mit großer Majorität angenommen.

Schließlich wurde, nachdem der Entwurf eines Gegenseitigkeitsvertrages mit den Organisationen der Bäcker, Müller und Fleischer mit Stimmgleichheit schon einmal abgelehnt war, ein neuer diebezüglicher Antrag eingebracht. Dieser Antrag sowohl wie der Gegenseitigkeitsvertrag wurde, nachdem einige der auf die Verschmelzung bezugnehmenden Bestimmungen gestrichen und durch neue ergänzt wurden, einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung des 16. Verbandstages erschöpft, worauf die Tagung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Arbeiterbewegung geschlossen wurde.

Aus Industrie und Handel.

Krise und Diebstahl.

Die alte Erscheinung, daß mit Verschlechterung der Erwerbsverhältnisse Vergehen gegen Eigentum zunehmen, zeigt sich auch jetzt wieder. So wurde in einer der letzten Sitzungen des Zentral-Ausschusses Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine lebhaft Klage geführt, über eine „erschreckende“ Zunahme der Diebstahlsfälle als Folge der verschlechterten Erwerbsverhältnisse. Noch niemals sei diese Art der Diebstahle so umfangreich gewesen, wie zurzeit. Die Ansprüche, die an Diebstahlversicherungen wegen Schadenersatz gestellt werden, haben die Gesellschaften schon veranlaßt, die Versicherungsprämien um 50 Proz. zu erhöhen. An der Besprechung dieser Angelegenheit nahm ein Vertreter der Kriminalpolizei teil. Man kam zu dem Ergebnis, daß die Diebstahle teilweise von gewerdmäßigen Dieben, zum Teil aber von Gelegenheitsdieben ausgeführt werden. Unter diesen sollen Kaufleute und Arbeiter der respektiven Geschäfte überwiegen. Es wurde u. a. vorgeschlagen, die Polizei zu ersuchen, eine größere Zahl sogenannter Spigel mit der Ermittlung von Diebstählen zu betrauen. Damit ist natürlich gegen die eigentliche Ursache der zunehmenden Diebstahle nichts getan.

Die Arbeitslosigkeit im Solinger Industriebezirk mit seiner ausgedehnten Heimarbeit hat durch die Krise diesmal eine Schärfe angenommen, wie man es vorher nie für möglich gehalten hat. Die Schäden, die die Heimarbeit im Falle einer Krise für den Arbeiter im Besonderen, werden jetzt erst recht offenbar. Für Werkstätte und Arbeitsgeräte muß der Arbeiter die Lasten tragen. Was das für die Solinger Arbeiter bedeutet, vermag man zu ermessen, wenn man bedenkt, daß den Schleifern usw., die im eigenen Heim elektrischen Betrieb haben, diese Produktionsmittel mehrere tausend Mark kosten. Die Schleifer, Weider, Ausmacher und anderen Berufsgruppen, die bisher mit Stolz auf ihre „Selbständigkeit“ pochten, sind jetzt zum größten Teil im Verdienst beschränkt. Zu Hunderten gehen die Arbeitslosen in den Straßen umher. Tausende arbeiten bei verkürzter Arbeitszeit. Die Gemeinden des Kreises haben Koststandsarbeiten begonnen! Wegebau und Planierungsarbeiten. Die Gemeinde Hühlscheid hat jetzt 10 000 Mark für solche Zwecke bewilligt. Dabei zählt das Städtchen nur circa 16 500 Einwohner, von denen ein großer Teil noch in landwirtschaftlichen Betrieben tätig ist.

Arbeiter und Löhne in der Ziegelei. Nach dem Kataster der Ziegelei-Berufsgenossenschaft betrug im Jahre 1907 die Zahl der versicherungspflichtigen Ziegeleibetriebe 11 692 mit 208 072 Arbeitern. Gegenüber dem Jahre 1906 hat die Zahl der Betriebe um 181 abgenommen, während die Zahl der Arbeiter um 4241 gewachsen ist. Die nachgewiesenen Lohnsummen stellten sich im Jahre 1907 auf insgesamt 108,72 Millionen Mark, während sie im Jahre 1906 100,53 Millionen Mark betragen hatten. Der einzelne versicherte Arbeiter verdiente im Jahre 1906 während seiner Beschäftigung in der Ziegelei 683,45 Mark, im Jahre 1907 678,07 Mark. Der Verdienst stieg demnach um 14,62 Mark oder um 2,3 Proz. Auf einen Arbeiter entfiel in der Rheinprovinz eine Lohnsumme von 615,52 Mark, in der Provinz Brandenburg dagegen nur eine solche von 645,43 Mark.

Marokkanische Einfuhr. Einem vor kurzem erschienenen Konsultatsbericht aus Larache und Marrakech entnehmen wir, daß der Handel unter den politischen Verhältnissen sehr stark zu leiden hat. Die europäischen Exporthäuser machen infolge der unsicheren Verhältnisse nur Kassageschäfte und entziehen den Kunden den Kredit, und diese können, da sie selbst nicht über genügende Vorräte verfügen, sondern immer nur von Kredit leben, keine Aufträge erteilen. Ebenso war es im vorigen Jahre, wo die Lager von Importgütern zusammenschmolzen und für manche Artikel zeitweilig Preise erzielt wurden, die um 50—100 Proz. über dem gewöhnlichen Wert standen. Marrakech wies 1907 folgende Einfuhrziffern auf:

England	4 218 125 Franc
Frankreich	1 410 700 „
Belgien	489 695 „
Deutschland	266 860 „
Spanien	59 600 „
Oesterreich-Ungarn	44 000 „
Italien	81 500 „

Die Mittelmeerstaaten stehen also gegen England sehr zurück, wenn auch Frankreich natürlich mehr Geschäfte macht als Belgien und Deutschland. Daß es aber nicht unbedingt so sein muß, geht aus dieser Uebersicht deutlich genug hervor. Belgiens Stärke liegt eben in seiner Industrie und nicht in seiner Flotte oder Arme.

Einstufige Posten in Rabattsparevereinen. Der Rabattspareverein in Bremen befindet sich gegenwärtig im Kampfe mit der „Neuen Gesellschaft der Wucherer“. In diesem Kampfe dreht es sich um die Frage, ob das Vorgehen der Gesellschaft der Wucherer durch Ausgabe von Rabattmarken bei den Mitgliedern des Rabattsparevereins gebildet werden kann. Der Rabattspareverein hat nun seine Mitglieder aufgefordert, seine Marken der Gesellschaft für Wucherer zu vertauschen. Darüber sehr erobert, veröffentlicht nun die „Gesellschaft der Wucherer“ in den „Bremser Nachrichten“ ein Inserat, worin festgesetzt wird, daß die Tantieme des Vorstandes des Rabattsparevereins 10 Proz. vom festgestellten Ueberschuß beträgt. Der Aufsichtsrat erhält für seine aufopfernde Tätigkeit die nette Summe von 4250 M. jährlich. Für uns ist bei diesem Streik von Interesse, daß der Vorstand des Rabattsparevereins 10 Proz. des festgestellten Ueberschusses und

der Aufsichtsrat 4250 M. jährlich erhält. Diese Feststellung kann als eine weitere Illustration dafür angesehen werden, wie teuer die markensammelnden Kunden ihren Köhlerglauben, daß ihnen die „gemeinnützigen“ Rabattsparevereine Vorteile bieten, bezahlen müssen. Außerdem bildet sie ein nettes Gegenstück zu der von den Rabattsparevereinen mit Wohlbehagen kolportierten Phrase, daß die Konsumvereine nur „Futterkruppen für sozialdemokratische Agitatoren“ seien.

Aus der Frauenbewegung.

Für die Jugendabteilung des Frauen- und Mädchenbildungsvereins hatte dessen Leitung am Sonntag im „Gewerkschaftshaus“ einen Kunstabend arrangiert, der dem großen, feinen Lyriker Heinrich Heine gewidmet war. Genosse Max Grünwald übernahm es, das Leben und Wirken dieses deutschen Dichters, wie er ihn nannte, im Zusammenhang mit den politischen und sozialen Verhältnissen jener Zeitperiode seinem Auditorium zu veranschaulichen. Einleitend bemerkte der Vortragende: Das Lebensbild fast aller großen, genialen Männer weist eine Geschlossenheit im Denken, Fühlen und Wollen auf. Ihr Leben gebe dem Beobachter keinerlei Rätsel auf, alles sei klar, bestimmt, unverbürdbar vorgezeichnet, alles Sprunghafte, Widersprüchliche fehle in ihrem Entwicklungsengang. Im Gegensatz zu solchen Männern siche Heine. Das bedingten seine ganze Charakteranlage, zum großen Teil aber auch die geschichtlichen Vorgänge seiner Lebenszeit. Reist werde er ganz falsch beurteilt. Zweifellos sei er der deutschste Dichter im Fühlen und Denken. Von Haß und Günst umwoht und hin- und hergeworfen, sei es schwer, Heines Persönlichkeit gerecht zu werden. Sein Lebensbild sei schwankend, sein Streben und Handeln sprunghaft und widersprüchlich. Das sei aber weniger seine Schuld, als die der Zeit, in der er lebte. Das 18. Jahrhundert zeigt Persönlichkeiten auf allen Gebieten, sowohl in der Dichtkunst als auch in der Politik und im Staatsrecht. Absolutismus und aufstrebendes Bürgertum kämpften einen erbitterten Kampf. Heberall waren Gegensätze, überall hundert Widersprüche; ein greifbares Abbild der damaligen ökonomischen Zustände. Die Interessen des Orients und Westens prallten zusammen, die Ansätze des westlichen Kapitalismus und östlichen Feudalismus. Mitten in diese Kämpfe fällt Heines Geburt. Düsseldorf zeigte damals die ersten Spuren einer aufkommenden Industrie. Aus England kamen die Begriffe eines geregelten Parlamentarismus, aus Frankreich der Wibelsturm der revolutionären Ideen. Die Rheinländer begrüßten Napoleon als den Kollator der Revolution, er brachte bürgerliche Freiheit. Wenn auch die Regierungen seine Macht als Tyrann verspürten, den unteren Schichten, besonders den Juden, galt er als Befreier. Daraus erkläre sich auch die Begeisterung Heines für den Korfen. Redner schildert dann eingehend den Entwicklungsengang des Dichters, sein zertrüffenes, oft von Widerwillen und Ekel geschütteltes Wesen. Sein Handeln verfolge oft gegen die allgemeinen Moralbegriffe, aber er tut es unbewußt, er weiß nicht was gut oder böse im bürgerlichen Sinne ist, er kann seine Sitten nicht in ein System bringen, er lebte eben, wie er aus seinem Orange heraus leben mußte, wie es ihm sein Innerstes gebietet. Dabei immer die Unzufriedenheit mit sich selbst. Auch in der Zeit von 1828 bis 1851, die als die höchste Periode seines dichterischen Lebens und Schaffens gelten kann. Gerade da, wo er in Deutschland am meisten verachtet und verfolgt war, entquillt seiner Feder die innigsten deutschen Gedichte, wie sie kein anderer geschaffen hat. Neben Goethe sei Heine der größte Sprachherrscher. Leicht und ungenau sind seine Verse, von wunderbarer Konstruktion und doch einfach und natürlich. Seine Lieder sind aus einem Guße; in ihrer reinen Klarheit verstehe man sie mit 12 Jahren ebensogut wie mit 70. Heine wurde auch der Dichter des gewöhnlichen Lebens, der Großstadt und Industrie. Auch den Tod habe er unvergleichlich schön geschildert, ebenso die Schattenseiten des Bürgertums, den Niedergang der Klassen. Seine sozialistischen Ideen hatten kein festes System, seine Wiebergabe derselben sei deshalb mehr literarisch zu werten. Heine war nur Künstler. Aber da, wo Heine von Liebe spricht, verschwinden alle Gegensätze, alles löse sich zur reinen Harmonie auf, hier sei er durchaus einseitig und geschlossen. Sein Buch der Lieder werde mit Recht der Katechismus der Liebe genannt. Diese Schöpfungen seien untergänglich, sie trügen ewigkeitscharakter. —

Im Anschluß an den mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag rezitierte Fräulein Kuffel in formvollendeter Weise einige der schönsten Gedichte Heines. Herr Friedrich Jochel brachte neben mehreren Liedern aus dem Heine-Cyclus noch einige Opernarien zu Gehör. Herrn Leo Reineberg begleitete am Flügel, mit präziser Sicherheit durchgeführt, pochte sich allen Stimmlagen direkt und schmiegsam an und rang sich, besonders in den Liebesliedern, zur reinsten Vollendung durch. Alles in allem verlief der Abend würdig in edlem, schönem Genusse, und wir wünschen, daß dieses künstlerische Bestreben immer weitere Kreise der arbeitenden Jugend umfassen möge. C. U.

Allgemeiner Wahlverein Berlins und Umgegend.

Anmeldungen und Beiträge nehmen für den 4. Kreis (Osten) entgegen: Frau Jern, Elbinger Straße 2 IV. Frau Guhn, Hornsdorfer Straße 89 III. Frau Bongary, Andreaskstr. 44 III. Frau Bohm, Große Frankfurter Straße 7. Frau Bengels, Warthauer Straße 20 II. Frau Köhler, Schreinerstr. 66 II. Frau Förster, Stralauer Allee 17 III. Bureau des Wahlvereins Stralauer Platz 1—2 II. Expedition Mann, Petersburger Platz 4.

Im 5. Kreis: Frau Knoppe, Kottbuser Ufer 60. Frau Schröder, Ritterstr. 66. Frau Marquardt, Melchiorstr. 17. Frau Eiskolz, Alexanderstr. 62. Frau Torgler, Reuenburgerstr. 18a.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Steglich, Mittwoh, den 15. Juli, 8½ Uhr, bei Scheußhase, Thonstraße 15a: Vortrag Genossin M. Thiel: Stellungnahme zur Auflösung des Vereins.

Versammlungen.

Verband der Sattler. In der am Donnerstag abgehaltenen Versammlung der Ortsverwaltung Berlin erstattete der Vorsitzende Schulze den Bericht für das zweite Quartal. Er besprach die bedeutendsten Vorgänge dieses Zeitabschnittes: die Tarifbewegung der Tischler und der Kofferarbeiter, sowie den Konflikt der Militärjunker wegen der Spandauer Arbeit. Der Verlauf dieser Bewegungen, die erst in jüngster Zeit zum Abhluß kamen, ist unseren Lesern bekannt. — Den Kasernenbericht erstattete Weyer. Er bemerkte, daß die Arbeitslosigkeit im Beruf schon seit zwei Jahren im Niedergang begriffen ist, was natürlich auch auf die Mitgliederzahl und auf die Einnahmen des Verbandes ungünstig einwirkt. Aus diesem Grunde sind im zweiten Quartal etwa 1500 Beiträge weniger eingegangen als im ersten Quartal. Die Kasse der Ortsverwaltung hat 26 914 M. eingenommen und 25 334 M. ausgegeben. Die Lokalkasse hat 15 267 M. eingenommen und 7541 M. ausgegeben. Die Berliner Verwaltung hat 4035 M. eingenommen und 2788 M. ausgegeben. Aus der Kasse der Ortsverwaltung wurden gezahlt: An Streikunterstützung 12 467 M., Mahregelungsunterstützung 768 M., Reiseunterstützung 113 M., Arbeitslosenunterstützung 3498 M., Krankenunterstützung 2137 M., Notfallunterstützung 55 M., Beerdigungsbekühle 265 M. Die Lokalkasse zahlte Zuschüsse zur Streikunterstützung 2272 M., Mahregelungsunterstützung 143 M., Arbeitslosenunterstützung 2326 M., Krankenunterstützung 876 M.

Die Zahl der Mitglieder betrug am 1. April 1919, am 30. Juni 1915. — Auf dem Arbeitsnachweis waren eingeschrieben im April 178, im Mai 157, im Juni 107. Arbeiter erhielten im April 67, im Mai 71, im Juni 62. Der Redner ermahnte die Kollegen, möge

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Mittwoch, 15. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Schul-Lokal, Grenadierstr. 37:

Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes, des Lehrer-Kollegiums und der Revisoren. 2. Anträge. 3. Schulangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. 6/14*
- Beiträge werden entgegengenommen, ebenso in der jeden Donnerstag von 8-9 Uhr geöffneten Bibliothek.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zement-Branche. Gruppe: Rabitzputzer und Träger.

Mittwoch, den 15. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Jannasch, Infanteriestraße 10:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bekanntgabe des Resultates der Baukontrollen vom 16. Juni. 2. Stellungnahme zur Affordarbeit. 3. Verschiedenes. Um rege Agitation für einen guten Besuch dieser Versammlung ersucht Der Gruppenvorstand. 133/14*

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro: Hof L. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Mittwoch, den 15. Juli 1908, abends 8 Uhr,

Bezirksversammlung für Friedrichshagen

im „Eiseller“, Friedrichshagen, Friedrichstr. 96/97.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über den Gewerkschafts-Kongress in Hamburg. Referent: Kollege Adolf Cohen. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung. 119/2

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.

Donnerstag, den 16. Juli 1908, abends 8 Uhr:

General-Versammlung

bei Thiel, Bergstraße 151/152.

Tages-Ordnung:

1. Kasienbericht. 2. Bericht vom Verbandstag. 3. Verbands-Angelegenheiten. Es ist Pflicht der Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen. 87/2 Die Ortsverwaltung.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Kau-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken Zigaretten zu Originalpreisen.
Amt IV, 3014.

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.

Dienstag, den 14. Juli 1908, abends 8 Uhr, in Doppes Festsälen, Hermannstr. 49

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vorstands-Bericht. 2. Kasien-Bericht. 3. Bericht von der verflochtenen Landtagswahl. 4. Stellungnahme zur Kreis-Generalversammlung und Wahl von 15 Delegierten. 5. Wahl von 30 Delegierten zur Verbands-Versammlung von Groß-Berlin. 6. Vereinsangelegenheiten. — Verschiedenes. Mitgliederbuch legitimiert. Ohne Mitgliedbuch kein Eintritt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand. 236/1*

Moabiter-Bürger-Säle, Beussel-Straße 9.

Achtung! Vereine! Achtung!

Vom September 1908 ab sind meine Säle, 350 und 100 Personen fassend, außer an den üblichen Sonntagen, auch Sonntags an Vereine zu vergeben. Achtungsvoll J. Kirichowski, Gastwirt.



Tausendfach bewährte Nahrung bei:
Drehdurchfall, Diarrhöe, Darmkatarrh, etc.
-Kindernahrung
-Krankenkost



Ein Triumph der Zigaretten-Fabrikation!
Selowsky's Caruso Zigaretten
nur 3 Pf. per Stück!

Zentralfrankenkasse der Maurer.

Zahlstelle Weißensee. Dienstag, den 14. Juli, abends 8 Uhr, im Kasienlokal:

Versammlung.

- Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom II. Quartal. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Verschiedenes.

Nach Freunden, Bekannten und meiner werten Nachbarschaft die Mitteilung, daß ich Voltastraße 6 einen

Schultheiß-Ausschank

nebst Speise-Wirtschaft eröffnet habe. 6456 Albert Baron.

mod. Karl Reinhardt's Spezial-Arztliche Institute für Haut-, Harnleiden, Potsdam Str. 117 (1/2, 12-2, 1/2, 8-9 abends) Neanderstr. 12 (1/2, 10-11 u. 1/2, 5-1/2, 9). Berlangen Sie im eig. Interesse vor Beginn einer Kur ausführlich Broschüre über d. Wert sämtl. ähnl. Heilmethoden in versch. Fällen Kurwert gratis und postfrei oder im Institut. 223/15*

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer.

nur Mariannen-Straße 2. in Landpartien, für Vereine: in Neuheiten, Lampen, Stockinternen, Packeln, Girlanden, Mützen, Musik- und Radausachen

Verlosungsartikel

spottbillig im Engros-Geschäft L. H. Gotthilf, Alte Jakobstraße 93, an der Seydelstraße. Vereinen extra hoher Rabatt. 86772*

Zuckerpreise steigen rapid!

Wer sich für die Lage des Zuckermarktes und für die in Aussicht stehenden grossen Preissteigerungen — 50 bis 100 Prozent — interessiert, beachte die von Kaufmann Michael Proestler in Würzburg, Herausgeber der Broschüre: Das Wirtschaftsbild der Gegenwart und der Zukunft verfassten Flugblätter, die an Jedermann umsonst und portofrei abgegeben werden.

Wohin unsere Ausflüge?

Nach dem Jbbd des Südkens: 85920* Rauchfangswerder! Zum „Waldhaus“. Bequeme Bahnverbindung bis Zeuthen. Täglich, außer Sonnabend u. Sonntag, vormittags 10 1/2, u. nachmittags 2 1/2 Uhr: ab Jannowbrücke und Schließliches Tor (Stern-Geleiseshof). Edvard Rutkowski.

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Umstellung frei. Ohne Preis die bequemste u. wirksamste Salbe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Gänsefett.) Dr. H. Unger in Würzburg. In Berlin (30 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße. Groß-Apothek, Bernauerstraße 83. — München: Schützen-Apothek. — Stuttgart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 110/1*

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Der Kleingarten, seine Anlage, Einteilung und Bewirtschaftung, von Max Hebbel. Preis 60 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Laden.

Stoppdecken (spottbillig). Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 29633*

Federbetten, Stand 11,00, große 16,00, Schlafdecken 1,15. Pfandloshaus, Rüttenplan 7. 9108*

Leppische! (sehr billige) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Leppische Haus, Dudenstr. Markt 4, Bahnhofstr. 204/11*

Pfandloshaus Schönhauser Allee 110. Spottbilliger Verkauf verlässlicher Pfänder, Herrengarderobe, Gardinen, Aussteuerstücke, Schmuckstücke, Betten, Teppiche, Uhren. *

Augen, Valet nach Maß. Aus 14 Stoffen, Monats- und nicht abgehoite Sachen kaumend billig. Waagen, Schneider Boh. Brunnenstraße 3, eine Treppe, am Hofenplanter.

Reithaus Pringelstraße 26, I. Ede Reiterstraße: verlässliche Pfänder, Brillanten, Goldschmuck, Uhren, Ketten (spottbillig) zu jeder Gelegenheit. (6209)*

Glossen zu Preis Kupfer und Eisenmännchen. Die wahre Gesundheit des Christentums, von August Bebel. Preis 75 Pf. Billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Laden.

Kindertwagen, Sportwagen, Kinderbettchen. Größere Raten Kaufpreis, zurückgeleitet, gebrauchte (spottbillig) Andreadstraße 53. 3208*

Uhren, Goldwaren billigst Berner, Pappelallee 4. 8593*

Lambouriermaschinen, Original Lohmeyer zur Röhren- und Quasifabrikation billigst und bei Abzahlung gänzlich freie Bedingungen. Alsbinger Fabrikant Beckmann, Wolkenstraße 26, nahe der Landbergstraße.

Pumpen, Wasserdruck, 81, in Badmann, Abflusspumpen von 8,00 bis 100,00 Mark. Leberbrotzer umsonst. 176

Haarfärbemittel, unübertroffen, ungeschädlich, Probeflasche 0,50. Grischer, Charlottenstraße 5. 5068

Verantwortlicher Redakteur: Oskar Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt, Paul Singer & Co., Berlin SW.

Geschäftsverkäufe.

Partikellos mit Saal und mehreren Vereinstimmern sofort zu verkaufen, billige Miete. Zu erfragen Stadt-Druckerei, Belcostraße 4. *

Reinigung 1500,00, Brauererlei 500,00. Kaufkraft Partikellos, Weissenaustraße 72. +135*

Günstige Gelegenheit! Wegen Verheiratung nach außerhalb hin zu gehen, mein Obst-, Konserve- und Weinhandel sofort billig, eventuell Teilzahlung zu verkaufen. Jerusalemstraße 63-64. 5345

Reinigung, Kaufkraft 26, habe, ist wegen Krankheit sofort billig zu verkaufen, Alte Jakobstraße 61a.

Grünstranggeschäft verkauft fruchtbar, halber Partikellos zu jedem annehmbaren Preise. Hertenstraße 65, Rixdorf, Baner. +109

Reinigung verkauft billig. Hertenstraße 66. 5915

Büchereifabrikation billig zu verkaufen. Näheres Rixdorf, Redarstraße 2, Vorwärts-Expedition. +109

Reinigung verkauft Schwedenstraße 18a. +131

Möbel. Teilzahlung. Möbelleinrichtung. Etage und Küche, Anzahlung 15 Mark an. Einzeln Möbelstücke 3 Mark an. Verleihen gewesene Möbel (spottbillig). „Berolina“, Kasanienallee 49. 4625*

Möbelleinrichtung liefert gebogene Wohnzimmereinrichtungen äußerst billig. Bunte Küchen. Auch Kuchenschrank. Kein Laden. Darnow, Tischlermeister, Dresdenstraße 124, nahe Kottbuser Tor. Genossen erhalten 3 Prozent. *

Umzugsbilger Möbel billig zu verkaufen. Helmsstraße 9, Hof part.

Billige Möbel aus Versteigerungen, Aufstellungen, Schränke, Verticos 20, Tischensets 45, Solongarnituren 85, Büfette, Schreibtische 35, Wäscherecke 58, Biergeschänke 68, Ledersessel, Klaviersessel, Ledersofas, Trueme 30, Bettstellen, Tische, Bunte Küchen 45, Kronen, Oeigenmäde, enorm große Auswahl kompletter Wirtschaften jeder Stilart, billiger als überall. Vennerts Wäscherecke, Lehnstraße 55. *

Möbel sowie ganze Wohnungs-Einrichtungen auf Teilzahlung bei geringer Anzahlung erhalten solide Leute in der Möbelabrik August Strauß, Schützenstraße 73/74. 9245*

Kindertbettstelle, neu, Gränerweg 50/51, Hof I rechts. +129

Fahrräder. Fahrrad, Teilzahlung. Invalidenstraße 20 Stallstraße 40. 3208*

Fahrräder, Grammofoon, Teilzahlung, ohne Kuffel, Lehnstraße 40. 6745*

Ferrenfahrrad, Damenfahrrad wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 9775*

Geschäftsdreirad, außerst stabil, 50,00. Holz, Blumenstraße 36b.

Ferrenfahrrad, Damenfahrrad, kurze Zeit benutzt, 40,00. Große Frankfurterstraße 14, Hof geradezu.

Varenanwaltschaft Bessel, Göttingerstraße 94a. 25588*

Verst die Rattenstraße bederrichten! Erfolgsreich, leicht lesbaren Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (Lehrer) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Günstige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

Kunststoffserei von Frau Klotz, Schloßstraße, Rantstraße 8, III.

Platine, alte Fahrgelände, allerhöchste Preise, Lindenstraße 199 II.

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Schlafstellen. Gut möblierte Schlafstelle mit Schreibtisch an sauberen Herrn, Nähe Rosenfelder Tor, Brunnenstraße 14, Quergebäude unter Aufgang IV. Geissen. +56

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Glinder Stubenmacher bietet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. U. Gläzer, Wilschstraße 27. 14685

Stellenangebote. Tüchtige Stempel für Posten, Buchhalter, Expedienten usw., selbständige Arbeiter, verlangt Kunststoffserei Hans Fischer u. Co., Groß-Wilhelmsfelde, Bahnstraße 4.

Schloffer auf Witter verlangt Paul Heinrich, Schöneberg, Heurichstraße 54. 5175

Stanger und Nagler, eingebild auf Spiegel- und Photographierarbeiten, wird von einer Spiegelstube verlangt. Angebote unter P. T. 6 an die Expedition des „Vorwärts“, Rydenstraße 123.

Reinmachefrau für Van Halemke verlangen sofort D. Nagel u. Schwabe, NO., Lippenstraße 24. 5465

Im Arbeitsmarkt durch besondere Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Sofort gesucht Meister für größere Fabrik eiserner Sanitätsmöbel. Wir reflektieren nur auf eine erste durchaus erprobene Kraft. Angebote unter M. 1 an die Exped. dieses Blattes. 5125*

Achtung, Bodenleger! Wegen Streit wird vor Bezug nach Breslau gewandt. Die Ortsverwaltung.

Wohnungen. Umzugsvergütung! Billige Wohnungen Rixdorf, Weigand-Aller 10. *

Reinigungsdienst. West, August-Victoria-Allee 33. Vom 1. Oktober 1908, auch früher, sehr billige 1- und 2-Zimmerwohnungen mit Zubehör zu vermieten. Verwaltung. +43

Billige Hinterwohnungen 16,75, zweizimmerige 22,75; Dreizimmerige Balkon-Vorderwohnung (Kochgesch. 27) nur 41,75! Wirtelstraße 27. (Stadtbahnhalde): Frankfurter Allee, Stralau-Hummelsburg. +4955*

Zweizimmerige Vorderwohnung 29,75, dreizehnstündiges Balkonzimmer, Küche 25,75! Hermannstraße 210. *

Prächtige billige Balkonwohnungen sofort Goldenerstraße 32/34. 6893*

Zimmer. Möbliertes Vorderzimmer, 12,00, Wilschstraße 3, vorn III, Rixdorf, Bahnhof Schönhauser Allee. +98

Möbliertes Zimmer, 15,00 mit Koffer, für zwei Herren, Balkon, Gas, Bad, eventuell wochenweise, Verloren, auch einzeln. Wilschstraße 5, vorn. Bruno. Ede Schönhauser Allee.

Partei-Angelegenheiten.

Kreisfest für Teltow-Beeskow-Charlottenburg. Den Gesangvereinen, die ihre Mitwirkung zum Kreisfest am 19. Juli zugesagt haben, zur Nachricht, daß die Probe heute, Dienstag, den 14. Juli im Lokal Gasselwerder in Nieder-Schöneweide stattfindet.

Rönigswusterhausen und Umgegend. Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Wahlvereinsversammlung nicht morgen, sondern nächsten Mittwoch, den 22. Juli bei Schumann in Wildau stattfindet. Die gemeinschaftliche Befestigung der Treptower Sternwarte findet erst am Sonnabend, den 25. Juli statt.

Mariendorf. Heute, Dienstag, abends 8 Uhr im Restaurant Hierod, Kurfürstendamm 44: Generalversammlung des Wahlvereins.

Treptow-Baumfischweg. Heute, Dienstag, den 14. d. M., findet im Restaurant zur Rennbahn am Bahnhof Treptow die ordentliche Generalversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Vorstandsbericht und Abrechnung des Kassierers. 2. Anträge und Wahl der Delegierten zur Kreis-Generalversammlung und Verband-Generalversammlung Groß-Berlins. 3. Vortrag des Genossen Haß über „Die Aufgaben der Sozialdemokratie“. 4. Verschiedenes.

Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung in Baumfischweg betreffs Trennung des Wahlvereins vom Zentralvorstand nicht bestätigt worden ist. Die Mitglieder des Frauenbildungsvereins haben Zutritt. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Charlottenburg. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Volkshaus, Rosinenstr. 3 (großer Saal), die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: „Die böse Sieben im Landtage.“ Referent: Landtagsabgeordneter Adolf Hoffmann-Berlin. Vereinsangelegenheiten.

Berliner Nachrichten.

Kleine Leute in der Sommerfrische.

Immer weiter greift der Großstadtpolyp hinaus in den grünen Saum Berlins, fastige Wiesen und schattige Wälder umklammert er unarmherzig und preßt sie mit eisernem Druck an sein steinernes Herz. Wo noch vor kurzem Blumen blühten und Früchte reiften, reden sich jetzt stolze Bauten auf, schadenfreudige Arbeiter den Boden aus, rollt die Dampfwalze phlegmatisch und keuchend wie eine asthmatische Dame hin. In das Aranen der Lastfahren schallt die rauhe Stimme des Fuhrmannes, und in den Wäldern klingt die Art dumpf und krachend, trohige Waldriesen neigen ihr stolzes Haupt und stürzen polternd zu Boden. Nur einige bedorngte Büsche dürfen stehen bleiben; sie sollen der entstehenden Villa die nötige Stimmung verleihen.

Aber auch noch ein anderes Bild fällt dem Beobachter auf. Wer mit der Bahn nach Norden hinausfährt, sieht allenthalben kleine, meist hölzerne Miniaturvillen, lieblich in buschiges Grün gebettet und von Gemüse- und Blumenbeeten umgeben, aufstehen. Diese Häuschen sind aber nicht mit den kleinen Lauben, wie man sie dicht an der Peripherie findet, zu vergleichen. Sie sind stabiler, solider gebaut und weit geräumiger wie diese. Sollen sie doch auch als „richtige“ Sommerwohnung dienen, und in Ermangelung eines „bäupolizeilich abgenommenen“ Hauses den Sommer über dem Besitzer und dessen Familie ein wohnliches Obdach bieten. In der Regel enthalten diese freundlichen, mit viel Ruhe und Schweiß errichteten Häuschen zwei Zimmer und sogar eine, wenn auch engbegrenzte Küche. Doch reicht sie zu ihrem Zwecke vollkommen aus; gelobt darf ohnehin nicht in den Räumen werden, das wäre auch mehr, als die Polizei bei uns erlaubt. So muß der wadelige, winzige Plättchen, dessen abgebrochene Beine ein paar Ziegelsteine ersetzen, draußen in der angrenzenden „Sommerlaube“ seinen Standort nehmen; das erlaubt die liebe Polizei. Die Einrichtung der „Zimmer“ ist allerdings etwas primitiv; ausrangierte Möbelstücke und solche aus Kisten wunderbar hergestellt, geben der Wohnung das Gepräge. Von irgendwelchem „Stil“ natürlich keine Spur, aber danach fragt weder Vater noch Mutter. Sie haben ein kleines, eigenes Heim, das sie äußerst nett und mollig finden, und das genügt. Es sind ja alles nur „kleine“ Leute, die nicht nach Heringsdorf oder Jordaney reifen können, und die doch, wenn auch nur jede Woche von Sonnabend bis Montag früh, dem beklemmenden Staub und Lärm der Großstadt entfliehen wollen. Oft bleiben Frau und Kinder auch wochenlang ununterbrochen in ihrem selbstgeschaffenen, idyllischen Nestchen, obgleich der „dauernde“ Aufenthalt daselbst nicht „gestattet“ ist von der Polizei wegen. Leider können sich dieses Vergnügens nur wenige leisten, denn die Sache verschlingt einige hundert Mark, da der Grund und Boden nicht gepachtet, sondern gekauft wird.

Die städtische Volksbadanstalt in der Gerichtstraße 65/69, an der Panke, wird am 15. d. M. früh um 6 Uhr eröffnet. Sie enthält neben zahlreichen Bädern- und Saunebädern 3 wasserbeheizte Schwimmhallen für beide Geschlechter. Die Preise sind die üblichen der in den übrigen fünf städtischen Volksbadanstalten.

Die Auslegung der Wählerlisten.

Es wird darauf hingewiesen, daß die Liste der stimmungsfähigen Wähler Berlins vom 15. bis einschließlich 30. Juli d. J. von früh 9 bis nachmittags 3 Uhr (Sonntags nur bis 1 Uhr) im städtischen Wahlbureau, Poststraße 16, öffentlich zur Einsicht ausliegt. Die Gesamtsumme aller für die Abteilungsabteilung zusammengebrachten Steuern beträgt rund 89 1/2 Millionen Mark. Der Durchschnittsatz beträgt 187 M. und 86 1/10 Pf. Die erste Abteilung beginnt mit einem Mindeststeuerbetrage von 5558,90 M., die zweite Abteilung mit 187 M. und 86 1/10 Pf., während die dritte Abteilung mit 187 M. und 86 1/10 Pf. endet.

Obwohl in diesem Herbst Stadtverordnetenwahlen nicht stattfinden, ist es doch notwendig, die Liste einzusehen und zwar in Rücksicht auf etwa notwendig werdende Ersatzwahlen.

Mit 43 Grad Celsius brachte der letzte Sonntag die höchste diesjährige Hitze und einen Temperaturzustand, wie er in Berlin außerordentlich selten beobachtet wird. An den registrierenden Thermometern zeigte die Papierfläche für den zeichnenden Stift teilweise nicht aus und deutete damit an, daß die Hitze eine „ganz unmögliche“ sei. Der in der Mittagsstunde einsetzende leichte Wind führte förmliche Glutwellen nach den Schattenseiten hinüber und wurde, statt Erquickung zu bringen, erst recht unangenehm empfunden. Unter der Einwirkung der Temperatur war das Asphaltpflaster derartig weich geworden, daß sich die Gufe der Pferde in der Rede abprägten und die Räder von Omnibussen und Droschken förmliche Rollen zogen. Natürlich hatten die Pferde unter der enormen Hitze am schwersten zu leiden. In welcher Weise dies der Fall war, konnte man am besten daraus

ersehen, daß Droschken- und Omnibuspferde, obwohl sie unterwegs wiederholt getränkt worden waren, zusammenbrachen. Auf der Potsdamer Chaussee zwischen Wannsee und Zehlendorf standen in der siebenten Abendstunde nicht weniger als fünf Stremser, bei denen die Pferde unter der Einwirkung der Hitze die Kräfte nicht mehr vorwärts zu bringen vermochten, so daß die Insassen der Wagen es vorzogen, die nächste Station aufzusuchen und mit der Bahn nach Berlin zurückzufahren.

Die bedrohte Sittlichkeit.

Daß die Sittlichkeit bedroht sei, das kann man bald alle Tage in der bürgerlichen Presse lesen. Diese fortgesetzten Deklamationen über die bedrohte Sittlichkeit wirken um so komischer, wenn man bedenkt, was heute alles unter den Begriff Sittlichkeit rubriziert wird und welche Moralanschauungen von der bürgerlichen Gesellschaft als sittliche ausgegeben werden; Anschauungen, die vielfach tief unethisch sind. Doch darüber wollen wir uns im Augenblick weniger verbreiten, sondern nur feststellen, daß man eifrig bestrebt ist, in Sittlichkeitsverletzungen zu machen. Das zeigt sich wieder in dem Prozeß Eulenburg, in dem die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde unter dem Vorwande, die Sittlichkeit sei bedroht.

Um so sonderbarer muß es angesichts dieser Sorge um die Sittlichkeit berühren, wenn man hören muß, daß an Stellen, von denen man es am allerwenigsten erwarten sollte, ein Vernehmen herrscht, das tatsächlich geeignet ist, ernstlich die Sittlichkeit zu gefährden. Und da müssen wir uns einmal an den Herrn Polizeipräsidenten wenden und seine Aufmerksamkeit auf einen Fall lenken, der zu beweisen scheint, daß es im Polizeipräsidentium Stellen gibt, an denen es mit dem oben besprochenen Sittlichkeitschutz sehr schlecht bestellt ist.

Wir haben hier keine privaten Verhältnisse von Angestellten im Auge, sondern dienstliche. Ein junges Mädchen wird in einer polizeilichen Ermittlungssache (Diebstahlsache) als Zeugin vorgeladen, um seine Wahrnehmungen zu bekunden. Und da muß es schon befremden, daß der vernehmende Beamte an das Mädchen die Frage richtet, ob es noch Jungfer sei; wenn aber im Verlaufe der Vernehmung dem Mädchen von dem Beamten das Anerbieten gemacht wird, daß der Herr höchstens seiner Frau oder einer Prostituierten machen sollte, so hört der Spatz auf, und es muß ernstlich darauf hingewirkt werden, daß wirklich die Sittlichkeit vor solchen Leuten geschützt wird. Wir wollen diese Tatsache nicht verallgemeinern, weil im großen und ganzen über das Vernehmen der Beamten auf dem Polizeipräsidentium dem Publikum gegenüber keine besonders merkwürdigen Klagen nach dieser Richtung geführt worden sind. Allein notwendig erscheint es uns, den Herrn Polizeipräsidenten zu ersuchen, durch einen höheren Beamten das Zimmer 38 etwas genauer in Augenschein nehmen und beobachten zu lassen, besonders wenn es sich um Vernehmung junger hübscher Mädchen handelt.

Die Umgebung der Nationalgalerie ist jetzt für das Publikum fast gänzlich gesperrt. Nicht nur der größte Teil der Säulenhalle auf beiden Seiten, sondern auch der östliche unbedachte Raum zwischen Spree und Nationalgalerie ist nicht mehr zugänglich. Sogar den Ausgang zu den beiden Freitreppen hat man mit Ketten abgeschlossen. Diese weitgehende Maßregel erinnert unwillkürlich an die vor einigen Monaten ergangene Drohung der Museumsdirektion, den gesamten Komplex innerhalb der Säulenhalle für das Publikum zu sperren, weil angeblich eine starke Verunreinigung durch Stullenpapier und dergleichen Abfälle zu bemerken war. Hoffentlich ist die jetzige Sperrung nur vorübergehend durch die Unterbringung der pergamentenen Altertümer in der Säulenhalle bedingt und nicht etwa der Vorläufer eines grundsätzlichen Verbringungsverbotes.

Wie die Große Berliner Straßenbahn Schadenersatzansprüche behandelt, beweist wieder mal der folgende Fall: Vor kurzem stieß am Sonntag, morgens 7 1/2 Uhr, an der Kreuzung der Alexandrinen- und Oranienstraße ein Elektrischer der Linie 95 mit einem Flaschenbierwagen zusammen, wobei ein großer Teil der Flaschen nebst den Kästen zertrümmert und der Wagen selbst beschädigt wurde. Der angerichtete Schaden beläuft sich auf rund 60 M. Beide Wagenfahrer trifft keine Schuld. Der Straßenbahnfahrer, dem selbst der Schutzmannsposten Vortröße machte, erklärte vielmehr, daß die Bremse verlagert habe und er deshalb auf den Bierwagen auflaufen mußte. Obwohl der Sachverhalt der Straßenbahndirektion klar geschildert wurde, lehnte diese den Anspruch auf Schadenersatz einfach mit dem Bemerkten ab, daß der Bierverleger sich den Schaden vom Straßenbahnfahrer, dessen Name und Wohnung zu diesem Zweck noch mitgeteilt wurde, bezahlen lassen solle. Die Angabe, daß die Bremse verlagert habe, also eine fehlerhafte Einrichtung der Straßenbahn Schuld an dem Unfall sei, wird einfach totgeschwiegen und der Ersatzanspruch auf die kleinen Schultern gewälzt. Selbstverständlich wird die Straßenbahn wegen der berechtigten Forderung verlagert werden.

Die Kreuzotternsage hat in diesem Jahre anscheinend einen Umfang angenommen, wie er noch nicht beobachtet worden ist und es werden jetzt Giftschlangen an solchen Stellen angetroffen, wo sie schon seit Jahrzehnten nicht mehr gesehen wurden. So wurden gestern zwischen Friedrichshagen und Hirschgarten, dicht am Bahndamm, zwei Kreuzottern, die eine Länge von 65 resp. 67 Zentimetern hatten, entdeckt und von Ausflüglern getötet.

Eine Automobilkatastrophe bei Beelitz.

Einen traurigen Abschluß hat eine Automobilfahrt genommen, die der Regierungsrat Serlo, Rechtsanwält Dr. A. Dechelhäuser und der Direktor der Protowerke, Hermann Heymann, Sonntag früh in einem Automobil von Berlin aus angetreten hatten, um sich nach dem Bodensee zu dem Aufstieg des Zeppelinschen Luftschiffes zu begeben. Das Automobil verunglückte sieben Kilometer südwestlich von Beelitz, wobei Regierungsrat Serlo getötet und Dr. Dechelhäuser sehr schwer verletzt wurde. Dr. Heymann und der Chauffeur blieben unverletzt.

Ueber den Unfall werden folgende Einzelheiten berichtet: Kurz nach 4 1/2 Uhr früh wurde die Fahrt angetreten, die Straßen waren nicht sehr belebt und infolge des Nachttaus noch wenig staubig. Hinter Beelitz kam dem Automobil ein Reiter entgegen, der ordnungsmäßig auf der rechten Seite ritt. Da das Pferd bei der Annäherung des Automobils unruhig war, stieg der Reiter ab und führte das Pferd an der linken Seite. Plötzlich stellte sich das Tier quer über den Weg, Dr. Dechelhäuser bremste und stellte den Motor auf niedrige Tourenzahl. Einen Augenblick später kam es zur Katastrophe. Der Wagen lief vom Wege ab, überschlug sich und blieb umgekehrt in der Fahrtrichtung mit den Vordrädern nach oben liegen. Beim Ausweichen war das Pferd vom Gefährt erfasst worden und mußte später getötet werden. Alle Insassen des Automobils wurden herausgeschleudert. Zuerst erholte sich Direktor Heymann so weit, daß er sich nach seinem Gefährt umsehen konnte. Regierungsrat Serlo lag auf der Landstraße mit blutbedecktem Haupte, das Gesicht nach oben gekehrt, ohne sich zu rühren. Direktor Heymann reinigte ihm den Mund, um ein Ersticken wenn noch möglich zu verhindern. Regierungsrat Serlo war aber bereits tot. Die Zähne des Oberkiefers waren vollständig lose; es ist anzunehmen, daß der Verunglückte mit dem Schädel gegen einen Chausseebaum

geschleudert und sofort getötet wurde. Dr. Dechelhäuser erlangte erst nach längerer Zeit die Besinnung wieder, er hatte sich eine schwere Gehirnerschütterung zugezogen, während Direktor Heymann mit einigen Kontusionen davonkam. Auch der Chauffeur erlitt nur einige Rückenkontusionen.

Dr. Dechelhäuser hat einen Schädelbruch, und schwere Quetschungen erlitten. Die Nacht verbrachte der Patient verhältnismäßig gut; es sind bis jetzt bedrohliche Erscheinungen nicht konstatiert worden. Auch von einer Operation konnte bisher Abstand genommen werden. Gestern morgen wechselte Dr. Dechelhäuser bereits einige Worte mit seinem Arzt, so daß mit einer Lebensgefahr nicht mehr gerechnet wird.

Die Ursache der Katastrophe ist nicht völlig aufgeklärt. Dr. Dechelhäuser war ein sehr erfahrener Lenker, und nur dem unglücklichen Umstand, daß der Reiter im Waldeshagen und Morgengrauen von ihm nicht rechtzeitig gesehen wurde, ist es wohl zuzuschreiben, daß der Wagen in schneller Fahrt sich der Stelle näherte. Das Automobil ist sofort nach dem Unfall untersucht worden. Die Steuerung erwies sich als vollständig intakt und konnte infolgedessen auch nicht verfaßt haben. Dagegen dürfte die Bremswirkung im Verein mit der einseitigen Gleitschulenanlage die Drehbewegung nach der Kollision noch verstärkt haben. Möglicherweise ist, daß Dr. Dechelhäuser nach der Kollision mit dem Pferd nicht rechtzeitig die Bremsung wieder aufgehoben hat.

Eine große Einbrecherbande ist gestern festgenommen worden, die seit vielen Wochen in der östlichen Umgebung Berlins zahlreiche Einbrüche und Diebstähle verübt hat.

Unter der Lokomotive gerammt. Ein schrecklicher Unfall hat sich gestern abend auf dem Bahnhof Jungfernheide abgespielt. Ein unbekannter, etwa 25 Jahre alter Mann, der durch sein aufgeregtes Wesen die Aufmerksamkeit der Fahrgäste hervorgerufen hatte, stürzte sich plötzlich vor die Lokomotive eines einfahrenden Nordringzuges. Der Maschinist bremste sofort, doch konnte er nicht mehr verhindern, daß die Lokomotive über den Lebensmüden hinwegging. In völlig verblümmtem Zustand wurde die Leiche des Selbstmörders hervorgeholt.

Siegfried Friedberg kommt zurück. Der ehemalige Inhaber des Bankgeschäfts Siegfried Friedberg war bekanntlich nach dem Zusammenbruch des Bankgeschäfts nach New York entflohen. Der Behörde war das nicht unbekannt geblieben, der Auslieferung setzten sich aber Schwierigkeiten entgegen. Auf Veranlassung der Familie des Friedberg hatte dieser den Rechtsanwalt Dr. Berthauer bevollmächtigt, für ihn freies Geleit zu erwirken. Diefem Antrage entsprechend, hat nunmehr nach Anhörung des königlichen Staatsanwalts, die sich gleichfalls befürwortend ausgesprochen hat, die zuständige achte Strafkammer des Landgerichts I dem Siegfried Friedberg freies Geleit durch Beschluß zugesichert. Nachdem eine Kaution von 30 000 Mark gestellt und eine Reihe weiterer Bedingungen auferlegt worden sind, welche die Sicherheit der Durchführung der Untersuchung gewährleisten sollen, dürfte Friedberg noch im August wieder hier erscheinen. Da die vom Landgerichtsrat Kade geführte Voruntersuchung im übrigen weit vorgeschritten ist, ist zu erwarten, daß die gegen Friedberg und Genossen gerichtete Anklage wegen verschiedener Straftaten, darunter auch wegen betrügerischen Bankrotts und Verbrechen gegen das Depotgesetz schon im Herbst das Schwurgericht beschäftigen wird.

Im Walde angeschossen wurde am Sonntag der 45 Jahre alte Arbeiter Paul Sturm aus der Soldner Straße 86. St. hatte im Legeter Post Moos gesammelt. Während er nun ahnungslos dieser Beschäftigung nachging, krachte in seiner Nähe plötzlich ein Schuß und eine Kugel zerplitterte dem Mann den Mittelfinger der rechten Hand. Wer den Schuß abgegeben hat, darüber vermag St. nichts Bestimmtes anzugeben.

Ein Liebesdrama, das mit dem Tode zweier junger Menschen endete, hat sich in dem Forst bei Schmöckwitz abgespielt. Zwischen dem 17jährigen Kaufmannslehrling Alfred Donat aus der Richterstraße 10 in Falkenberg und der 19jährigen Erna Scholz, ebenfalls aus Falkenberg, hatte seit etwa einem halben Jahre ein Liebesverhältnis bestanden. Obwohl an eine Heirat der jungen Leute noch nicht zu denken war, so hatten sie doch den festen Entschluß gefaßt, so bald als möglich vor den Traualtar zu treten. D. war in einem kaufmännischen Bureau angestellt. Er erhielt dort öfter den Besuch seiner Braut, und der Chef machte dem hin und wieder Beobachtungen, die ihm nicht gefielen. In der vergangenen Woche überraschte er das Pärchen in einer recht verhänglichen Situation und er kündigte nun kurzerhand dem jungen Mann die Stellung. D. wagte es jetzt nicht, seinen Eltern vor die Augen zu treten. Er kehrte nicht heim, sondern suchte seine Geliebte auf. Er überredete sie, mit ihm nach dem Schmöckwitzer Forst zu gehen. Vorher hatte er sich einen Revolver beschafft. Am Sonntag abend wurde das vermisste Pärchen im Walde tot aufgefunden. D. hatte erst seine Braut und dann sich selbst durch einen Revolverbeschuß getötet. Ob das junge Mädchen ihre Einwilligung gegeben hat, steht nicht fest. Die beiden Leichen wurden nach der Oberförsterei Grünau gebracht.

Vier Kinder unter einem Straßenbahnwagen. In der Adalbertstraße, in der Nähe der Köpenicker Straße, wollten vier Kinder über die Straße gehen, wobei alle vier unter einen Wagen der Linie 6 (Berichterstatter) gerieten. Der Schaffner des Motowaggon gab augenblicklich das Rotsignal, und da sich der Zug nur in langsamem Bewegung befand, gelang es dem Wagenführer, durch Anwendung der Gefahrenbremse, die Waggon fast auf der Stelle zum Stehen zu bringen. Allerdings konnte nicht verhindert werden, daß die vier Kinder unter die Vorderplattform des Anhängewagens Nr. 078 kamen. Sie wurden hervorgezogen, und drei der Kleinen, die unverletzt geblieben waren, ließen davon, bevor ihre Personalien festgestellt werden konnten. Gertrud Stipel hatte leichte Hautabwühlungen an beiden Knien und an der Stirn erlitten. Sie erhielt auf der Rettungsstation in der Adalbertstraße einen Verband und konnte von dort nach der elterlichen Wohnung gebracht werden.

Ein umfangreicher Dachstuhlbrand kam Montag abend in dem Wohnhaus Kottbuserstr. 28 — Reichenbergerstr. 15, direkt am Kottbuser Tor, zum Ausbruch. Als die Feuerwehr eintraf, stand bereits der ganze Dachstuhl in hellen Flammen. Tausende von Menschen strömten nach dem Brandplatz und besetzten die umliegenden Straßen. Die Wehr ging von beiden Straßenseiten aus über mehrere mechanische Leitern hinweg gegen das verheerende Element vor. Anfangs schien alles Wasser gegeben vergeblich. Stodwerkhohe Feuerzungen schossen zum Himmel empor. Während der Lösarbeiten sprang ein großes Glasdach infolge der enormen Hitze und stürzte in die Tiefe. Zum Glück wurden Feuerwehrleute oder sonstige Personen dabei nicht verletzt. Erst nach fast zweistündigem Wassergeben galt die Gefahr für beseitigt. Der Dachstuhl ist völlig zerstört. Er war erst neu aufgeführt worden, nachdem er vor acht Wochen schon einmal abgebrannt war. Ueber die Entstehungsurache des Feuers ist noch nichts ermittelt. Die Feuerwehr hatte bis nach Mitternacht mit den Aufräumungsarbeiten zu tun.

Bermittelt. Der Bauanwärter Georg Wenada, Schornsteinfegergasse 5 III wohnhaft, hat sich am Mittwoch, den 8. Juli, aus seiner

Böschung entfernt, um auf Einladung eines Kollegen in Ziegelort um Arbeit anzufangen. Der 51-jährige Mann ist bis heute noch nicht zu seiner besorgten Familie zurückgekehrt.

Einen erheblichen Verlust hat am Sonnabendabend, zwischen 7 und 8 Uhr, ein Arbeiter erlitten, der seinen ganzen Wochenlohn auf dem Wege von der Bräuer Straße bis zum Gölitzer Bahnhof oder vom Gölitzer Bahnhof bis Grünau verlor.

Vom gleichen Weg wurde am Sonntagmorgen 4 Uhr der Metallarbeiter Karl Brandt, Mariannenstr. 19, betroffen, der in einem Wagen der Linie 48 am Kottbuser Tor ein Portemonnaie mit 71 Mark Inhalt verlor.

Radrennen in Treptow. Die Hauptnummer des Programms wird diesmal ein „Weltmeister-Race“ in drei Runden mit Arend, Ellegaard und Jacquelin als Teilnehmer auf.

Internationales Hauptfahren. 850 M., 1200 Meter. 1. Ellegaard, 2 Min. 03 1/2 Sek.; 2. Stabe, 2 L.; 3. Pawle, 1 L.; 4. Arend, 5 L. Wechselnde Führung, Pawle macht einen Vorstoß, doch sicherte sich Ellegaard und Stabe die Spitze.

Entscheidungsfahren. 1. Otto Meyer, 2. Hoffmann, 3. Schmilch.

25 Kilometer-Rennen. 400, 250, 150 M. 1. W. Müller, 24 Minuten 02 1/2 Sekunden; 2. Rottmild, 1440 Meter; 3. Jacquelin, 6780 Meter. Meyer ausgegeben. Das Rennen schrumpft auf zwei Teilnehmer ein, da Jacquelin gleich im Beginn Radfahnen erleidet und erst in der 24. Runde wieder erscheint.

Die Berliner Feuerwehr hat in den letzten Stunden eine ungewöhnliche Menge von Alarmen aller Art registrieren müssen. In der Nacht nach der Dönhofsstraße 18/21 gerufen, wo in einer Grube Chemikalien (Säuren usw.) brannten und lebensgefährliche Dämpfe entwickelten.

Um einen Mann aus einem festgeschlossenen Fahrstuhl herauszuholen wurde die Wehr nach der Schützenstr. 15/17 alarmiert. Räuber wurden in einer Tapezierwerkstatt ein Raub der Platten. Grober Unfug lag einer Feuermeldung aus der Reindendorfer Straße 58 zugrunde.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Charlottenburger Feuerwehr wurde am Sonntagabend um 8 1/2 Uhr nach der Spanbauer Straße 31 nahe dem Friedrich-Karl-Platz alarmiert. Dort fanden in gerammer Ausdehnung der Seitenflügel mit dem Quergebäude in Flammen.

Wilmerdorf.

Wozu Wilmerdorf kein Geld hat. Wie bekannt, wird am 28. August dieses Jahres in Jena der Verbandstag des Verbandes der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte abgehalten.

der Wilmerdorfer nur beigebracht werden, wenn einige sozialdemokratische Rechte für die nötige Unterstützung sorgen.

Der Arbeiter-Radfahrerverein „Vorwärts“ Wilmerdorf läßt und durch seinen Vorsitzenden folgendes Schreiben zugehen: Bezugnehmend auf den Bericht der Generalversammlung bitten wir höflichst folgende Verichtigung aufzunehmen:

Die am 1. Juli stattgefundene Generalversammlung des Arbeiter-Radfahrervereins „Vorwärts“ hat festgelegt, daß bei der Landtagswahl sieben Genossen vom neunzig organisierten Mitgliedern des Vereins an der Landtagswahl teilgenommen haben.

Die Gewährung einer Teuerungszulage an die städtischen Beamten, Lehrer und Arbeiter, die vom Magistrat in letzter Sitzung der Stadterordnungsversammlung energisch bekämpft wurde, aber ohne Erfolg, hatte die Beanstandung des Beschlusses durch den Magistrat zur Folge.

Baumfahrentweg.

Ueber die verfallene Landtagswahl referierte in der letzten Generalversammlung des Wahlvereins Genosse Lüdke. Die Ausführungen des Redners wurden von den Versammelten mit großem Interesse verfolgt.

Mariendorf.

In der Gemeindevorstellung regte Genosse Reichardt vor Wahl dreier Amtsausschuhmitglieder an, im Gegensatz zu der bisherigen Praxis die Amtsausschuhmitglieder in Zukunft bekanntzugeben und öffentlich abzuwählen, und montierte, daß über das Ergebnis der früheren Sitzungen nicht einmal ein amtlicher Bericht vorliegt.

Wilhelmsruh-Rosenthal.

In der letzten Wahlvereinsversammlung wurde Bericht für die Zeit vom November bis Ende Juni erstattet. In dieser Zeit haben stattgefunden: 14 Vorstandssitzungen, 6 Mitgliederversammlungen und 8 öffentliche Versammlungen.

Lichtenrade.

Die erste sozialdemokratische Volksversammlung hat am 9. Juli in der Lokale von Rudolf Deter in Lichtenrade stattgefunden. Trotz des schlechten Wetters war die Versammlung überaus gut besucht.

Potsdam.

Die Wahlvereinsversammlung war gut besucht. Aufgenommen wurden 7 Mitglieder. Es wird beschlossen, vom 1. August ab eine Bezirksklassierung einzuführen.

Ein schweres Automobilunglück, so wird aus München berichtet, ereignete sich gestern nachmittag bei Saurelach. Die seit dem 17. Juni im Hotel Kontinental wohnhaft gewesenen Mister Lord und Sohn, Graf Wadmeister, britischer Konsul und Ministerresident in Kairo, und Witz Enquist unternahmen mit einer Automobilbrigade einen Ausflug nach Tegernsee.

Ueber die Typhusepidemie in Greiz wird gemeldet: In der Zeit vom 18. Juni, an welchem Tage hier der erste Typhusfall gemeldet wurde, bis 11. Juli mittags sind 116 Typhusfälle zur polizeilichen Anmeldung gekommen; davon entfallen auf die Woche vom 14. bis 20. Juni 3 Fälle, 21. bis 27. Juni 34 Fälle, 28. Juni bis 4. Juli 63 Fälle, 5. bis 11. Juli 10 Fälle. Todesfälle sind 8 vorgekommen.

Großfeuer. Wie der „Spremlinger Anzeiger“ meldet, brach Sonntagvormittag im Maschinenhause der Grube „Anna“ in Quisberg bei Spremling Feuer aus, das sich mit großer Schnelligkeit ausbreitete.

Ein schweres Gewitter, das von einem orkanartigen Sturm begleitet war, wütete gestern abend in Hannover und Umgegend. Der Sturm richtete in der Stadt großen Schaden an.

Sonntag abend gegen 8 Uhr warf ein Gewittersturm das Dach einer Wagenhalle der Station Wessling auf die Oberleitung der elektrischen Rheinuferbahn, wodurch die Zuleitung des elektrischen Stromes unterbrochen wurde.

Zur Kölner Brückenkatastrophe wird uns telegraphisch gemeldet, daß am Sonntag und am Montag die Leichen dreier beim Einsturz der Brücke berunglückter Arbeiter in der Nähe von Köln angeschwemmt wurden.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten Breitenbach nahm Montag vormittag an der Spitze der Ministerialkommission eine Besichtigung der eingestürzten Brücke vor und besuchte in Begleitung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz v. Schorlemer-Lieser und des Oberbürgermeisters Balkraf die bei dem Unglück verletzten Arbeiter, deren Befinden zu Besorgnissen keinen Anlaß geben soll.

Jugentgleitungen. Nach amtlicher Meldung entgleisten Sonntag abend um 9 Uhr bei der Einfahrt des Personenzuges 960 von Dortmund-Süd in den Bahnhof Hörde-Hacheney die beiden letzten Personenzüge.

Auf der Eisenbahnstrecke nach Ajedna in Oesterreich-Galizien entgleiste am Montag ein Personenzug, weil von böswilliger Hand schwere Holzstücke auf die Schienen gelegt worden waren.

Ueber einen Mord wird aus Holzimden telegraphiert: Western abend wurde unweit der Stadt in einem Schuppen die Leiche eines etwa 70-jährigen Mannes gefunden, der offenbar ermordet ist.

Amlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft ruhig, Preise für Schweinefleisch nachgebend, sonst unverändert.

Witterungsüberblick vom 13. Juli 1908, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Barometer (humb. mm), Windrichtung, Windstärke. Rows include Swinemünde, Danzberg, Berlin, Frankfurt a.M., München, Wien, Gapananda, Petersburg, Sibirien, Berlin, Paris.

Wetterprognose für Dienstag, den 14. Juli 1908. Früher, zunächst ziemlich trübe mit Gewitterregen und frischen nordwestlichen Winden; später langsam wieder aufklarend.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am 12. 7., seit 11. 7., am 12. 7., seit 11. 7. Rows include Memel, Regal, Weichsel, Dber, Krossen, Franfurt, Bärthe, Rehe, Eide, Dresden, Harzig, Magdeburg, Saale, Grotzsch, Havel, Sprea, Weser, Rhein, Radebeul, Radebeul, Radebeul, Radebeul.